

Antifa

Antifaschistische Zeitung

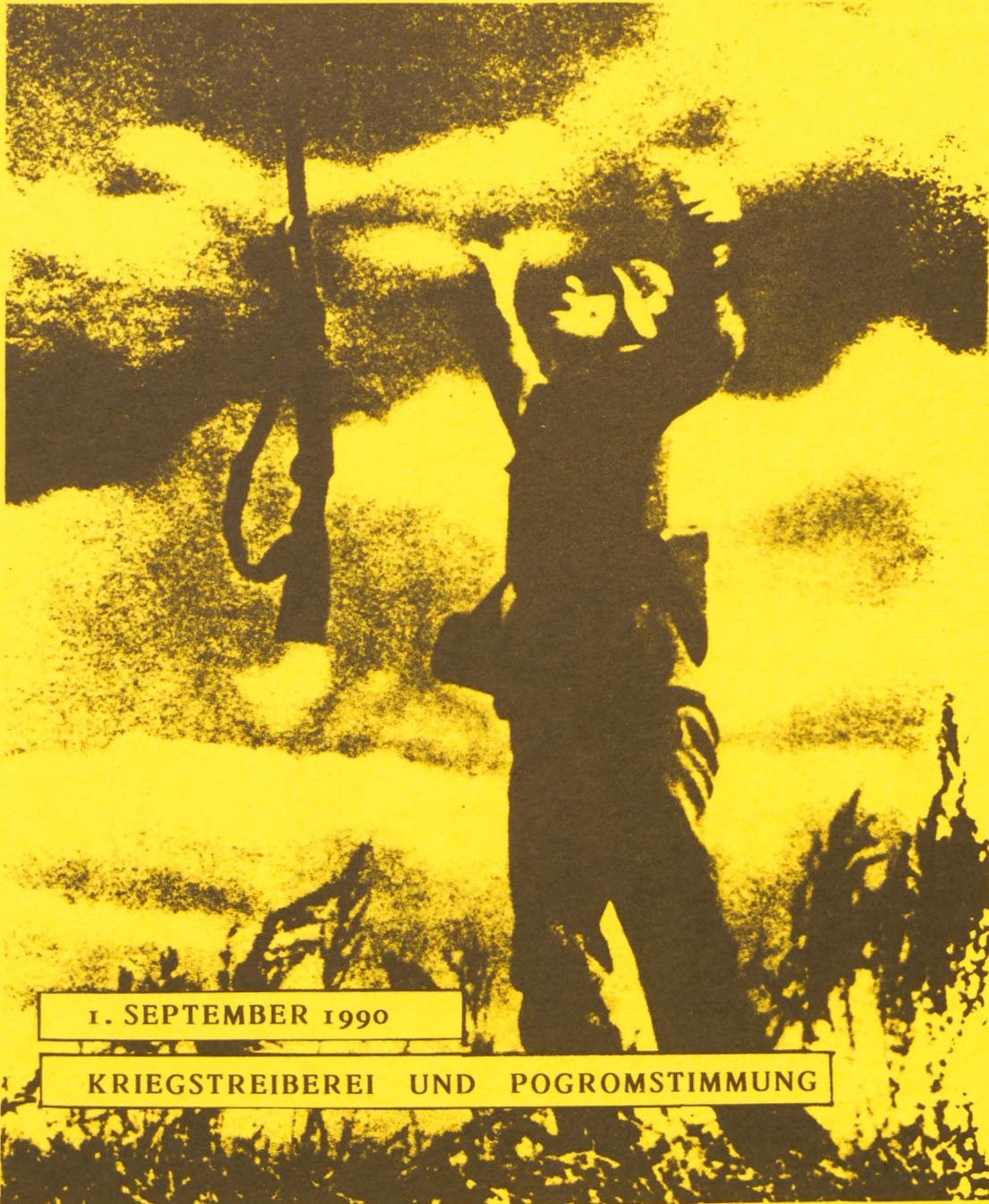


HEFT 25 Sept/Okt

1990

5. JAHRGANG

DM 2,00



1. SEPTEMBER 1990

KRIEGSTREIBEREI UND POGROMSTIMMUNG

In diesem Heft

Einleitung.....	S. 3
Antikriegstag 1990.....	S. 4
Roma demonstrieren zum Antikriegstag.....	S. 7
Wir sind keine Nazis.....	S.10
Antifaschistische Zeitschrift "ATZE".....	S.12
1000 Faschisten marschieren in Wunsiedel.....	S.14
Antifaschistische Filme bei "UNIDOC".....	S.16
Blick nach draußen.....	S.18
Interview mit Wilma Kobusch.....	S.20
Praktische "Ethik".....	S.22
Überfall auf Notunterkunft in Nottuln.....	S.26
Räumung eines Hauses in Castrop-Rauxel.....	S.28
Faschismus in Dortmund, Teil II	S.30
Impressum.....	S.32
Wo sind sie geblieben, die Nazis.....	S.33
Anzeige.....	S.35

Verkaufsstellen:**Dortmund**

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen

Herne:

- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

Dülmen

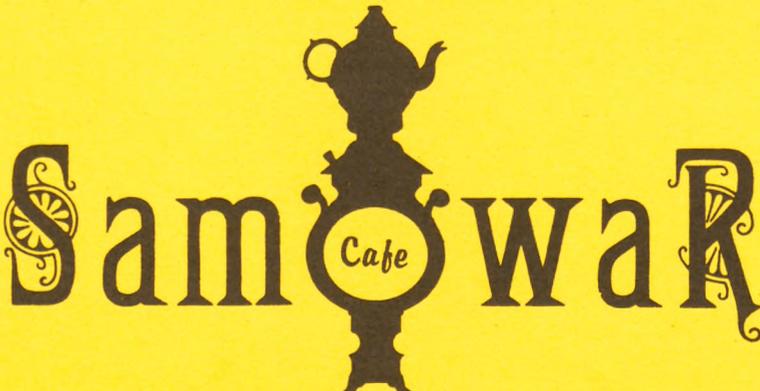
- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübbelken-Kneipe
- Grünes Büro

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

Marl

- Bücherladen

Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Fraunstr. 24
- Litfaß
- Themroc

Herten

- Büchereule

Bochum

- Buchhandlung im Hauptbahnhof

Gladbeck

- Ännes Naturkostladen

Duisburg

- Weltbuchhandlung

EINLEITUNG

"Kriegstreiberei nach außen - rassistische Hetze nach innen", unter solchem und ähnlichem Motto fanden am diesjährigen **"Antikriegstag"**, am 1. September, zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Die **Kriegsgefahr** am Golf beunruhigt auch die Menschen in **"Deutschland"**, ohne Zweifel hängt die rassistische Hetze der vergangenen Wochen mit den militaristischen Wünschen des (west)-Deutschen Imperialismus zusammen.

Eine bislang beispiellose Hetze gegen Flüchtlinge, in ihrem Zentrum die **Roma**, wurde angezettelt, Bürgerwehren entstanden, Überfälle auf Asylunterkünfte verbreiten Pogromstimmung - parallel dazu neudeutsches Waffengeklirr, offene Forderung nach Einsatz deutscher Truppen am Arabischen Golf -, dies ist das Klima in unserem Land, seitdem die Annexion der DDR "unter Dach und Fach" gebracht wurde.

Wir berichten in dieser Ausgabe über Aktionen zu Antikriegstag, eine Demonstration von Roma und Deutschen in **Recklinghausen**, einen Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in **Nottuln**, über eine Minderheit, über die AntifaschistInnen bisher noch nichts geschrieben haben, die **PsychoBillies**.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe, auf dem Hintergrund der Hetze gegen Minderheiten nicht zufällig, ist das **Interview**-Thema. Wir sprachen mit **Wilma Kobusch**, einer behinderten Frau aus Gelsenkirchen über die **Euthanasie-Theorien** eines Peter **Singer**. In der kommenden AntifaZ folgt eine Fortsetzung auf der Grundlage eines Interviews mit einer Frau vom **Gen-Archiv** Essen zum Thema **Genforschung** und **Gentechnologie**.

Weiter Berichte über faschistische Angriffe auf ein besetztes Haus in **Castrop-Rauxel** sowie die dann durch die Polizei durchgeführte Räumung, ein Bericht vom Faschistenaufmarsch anlässlich des 3. Todestages von R. Heß in **Wunsiedel** sowie die angekündigte Vorstellung der **Kieler** Antifazeitung **"Atze"**.

Zum Schluß die versprochene Fortsetzung der Berichterstattung über die Veranstaltungsreihe **"Faschismus in Dortmund"**.

Unsere besonderen Wünsche gelten der landesweiten **Antifa-Konferenz** am 15. September in **Detmold**.

Wir hoffen, mit einigen Berichten Euer Interesse zu finden,

mit herzlichen Grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

ANTI-KRIEGSTAG 1990

Zum 1. September, dem traditionellen Antikriegstag, gab es in einer großen Zahl von Städten Demonstrationen und Kundgebungen.

Insbesondere die Kriegsgefahr im Nahen Osten, der Truppenaufmarsch des USA-Imperialismus und das "Säbelgerassel" von der Bonner Hardthöhe erschreckt viele Menschen zutiefst.

Zur gleichen Zeit geht eine ausländerfeindliche und rassistische Hetze durch "unser Land", tägliche Überfälle auf AusländerInnen in der DDR, seit Wochen rassistische Hetze gegen Roma in der BRD - all dies Folgen des neuen Großdeutschlandkurses.

Wir drucken im folgenden zwei Beiträge zum diesjährigen Antikriegstag, einen von der "VVN/BdA", einen von der "Volksfront gegen Faschismus, Reaktion und Krieg".

Diesmal sollen mit ökonomischer Stärke die Resultate des II. Weltkrieges korrigiert werden

Vor 51 Jahren, am 1. September 1939, überfiel Hitler-Deutschland Polen, mit dem es sechs Jahre zuvor einen "Nichtangriffsvertrag" geschlossen hatte. So begann der zweite Raub- und Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus um die "Neuordnung Europas". Nach kurzfristigen Kämpfen gerieten alle angegriffenen Staaten Europas unter das Joch deutscher, faschistischer Okkupation - unvergessen in der Erinnerung dieser Völker wie ihres Widerstandes.

Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sollte in gleichem Blitzkriegstempo - noch im Herbst 1941 - an der Linie Archangelsk-Astachan beendet sein. Siegreich natürlich! Der II. Weltkrieg endete wie der erste Versuch 1914/18 um eine "Neuordnung Europas" mit der totalen Kapitulation.

Das "Deutsche Reich" war geschlagen. Es war so zerschlagen, daß nicht einmal eine Rechtsperson blieb, die einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion, mit der ganzen Antihitlerkoalition hätte unterzeichnen können. Von Adenauer bis Kohl wurden jedoch bisher alle sowjetischen Entwürfe für eine solche friedensvertragliche Lösung abgelehnt, verhindert.

Nun, mit dem Anschluß der DDR an die BRD steht die Aufgabe neu. Um so mehr, als die Bundesrepublik dabei ist, als drittstärkste wirtschaftliche und finanzielle Macht in der Welt des Impe-

rialismus aufzurücken. Mit Vollendung des "Binnenmarktes Europa" 1992 erstrebt sie Vorherrschaft in ganz Europa. Damit sehen sich alle demokratischen, anttimperialistischen und linken Kräfte vor die Aufgabe gestellt, nicht zuzulassen, daß unkontrollierte ökonomische Kraft nochmals zu politischer Macht werde.

1918 wie 1945 scheiterten beide bewaffneten Versuche für "Großdeutschland", für ein "Deutschland von der Etsch bis an den Belt", für eine "Neuordnung Europas" ebenso wie Hitlers "Heim ins Reich". Welche Folgen hat die Forderung "Deutschland einig Vaterland"? Ernüchtert ist das Volk der DDR, von tiefen Sorgen, Zukunftsängsten geplagt wie von Hoffnungen, seit der "Staatsvertrag" - aus Verhandlungen zweier gleichberechtigter souveräner deutscher Staaten hervorgegangen - alles in 40 Jahren Errungene umstürzte. Die D-Mark ist zum Türöffner für die hochentwickelte Gesellschaft des Monopolkapitals geworden.

"Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vollzieht sich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts. Der Prozeß der Einigung (wird) in einen stabilen europäischen Rahmen eingebettet", versicherte Bundeskanzler Kohl in Cambridge laut Bulletin der Bundesregierung vom 3.4.90. Der "Staatsvertrag" im Blitztempo, ohne Gegenvorlage der DDR verhandelt, ohne daß die Bevölkerung der DDR zu so entscheidenden Fragen ihrer Existenz auch nur konsultiert worden wäre. Vom Tag der Währungsunion verlor sie die Finanz-

hoheit - ein entscheidendes Recht der Selbstbestimmung - an die Bundesrepublik, an die Bundesbank. Was verbleibt da noch der Volkskammer? (...)

Die rasche Verschmelzung zweier völlig unterschiedlicher Systeme erfolgte, ohne daß die Betroffenen auf die tiefen Veränderungen vorbereitet waren. Die nächste Zukunft wird für die DDR-Bürger teuer und weniger sicher sein als die Vergangenheit. Gegen Massenarbeitslosigkeit hilft gewerkschaftlicher Widerstand erfolgreich. Anderenfalls wird sich Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus ausbreiten. (...)

Diese neue Form der Einverleibung des ökonomisch Schwächeren, diesmal die DDR - mit der man als gleichberechtigter Staat in der UNO saß - trägt imperiale Züge. Das bekundet auch die

Forderung einer Wiederbesiedlung jetzt polnischer Gebiete durch den "Bund der Vertriebenen" (BdV), unterstützt durch Bundesfinanzminister Dr. Waigel. (...)

Hier werden nicht nur falsche Hoffnungen geweckt, neuer Chauvinismus angeheizt, sondern zugleich berechtigte Sorgen im polnischen Volk ausgelöst. BdV-Funktionäre fordern dazu noch "Autonomie" und "Volksgruppenrechte" in "umstrittenen Gebieten" und "freie Abstammung" darüber wie nach dem Versailler Vertrag; dann sei an die Wahlkämpfe etwa in Annaberg 1921 und ihren blutigen Ausgang erinnert.

Die Endgültigkeit aller unserer Grenzen von 1990 muß dringend in einem Friedensvertrag völkerrechtlich verbindlich verbrieft werden. (VVN/BdA)

Und heute gehört uns Deutschland und morgen..."

In der Juli-Ausgabe des inzwischen alle zwei Monate in Köln erscheinenden Blättchens "Europa vorn", herausgegeben von Manfred Rouhs, Ratsherr der Republikaner im Rat der Stadt Köln, widmet man sich schwerpunktmäßig dem Thema: "Ostdeutschland als zweite Etappe der deutschen Einigung". Mit anderen Worten: wie kann man es schaffen, einen Großteil Polens "heim ins Reich" zu holen, letztlich aber auch all die Gebiete, wo sonst noch Deutsche vermutet werden können, Königsberg, Estland, Lettland, usw. ... M. Rouhs schlägt im Vorwort unter dem Titel "Autonomie für Oberschlesien" folgendes 5-Punkte-Programm vor:

"1. Die Deutschen in Oberschlesien erhalten das Recht, eigene Schulen einzurichten, 2. Ihnen wird erlaubt, einen Rundfunk und Fernsehsender zu betreiben, 3. Jeder Deutsche aus der BRD, der DDR und der Republik Österreich darf in Oberschlesien seinen Wohnsitz nehmen, 4. Deutschen Unternehmern wird das Niederlassungsrecht eingeräumt und der Schutz des Privateigentums gewährleistet; Oberschlesien erhält den Status einer Freihandelszone. 5. Deutschland leistet für den wirtschaftlichen Aufbau Polens finanzielle Unterstützung."

"Europa vorn" hat zur Durchsetzung dieser Forderungen ein "Hilfskomitee Oberschlesien" ins Leben gerufen, das zu Geld und Sachspenden zu diesem Zweck aufruft. Johanna Grund, Abge-



ordnete der Republikaner im Europaparlament, führt dazu aus:

" Die größte Gefahr für die Vollendung der deutschen Einigung stellt die skrupellose Verzichtsbereitschaft beider deutscher Regierungen dar. Wenn Bundestag und Volkskammer schon vor Beginn irgendwelcher friedensvertraglicher Verhandlungen 114.000 qkm deutschen Staatsgebietes abschreiben, den Raub durch die nur zu Verwaltern bestimmten Herren legalisieren, so stellt dies einen Verrat gewählter Volksvertreter an der eigenen Nation dar."

Offensichtlich haben die Faschisten eine massive Kampagne begonnen, gemeinsam mit den Vertriebenenverbänden, die eine ähnlich gelagerte Unterschriftensammlung durchführen, um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu verhindern und Tür und Tor zu öffnen für die Einverleibung weiterer Gebiete. Beunruhigend dabei ist, daß es sich hier offensichtlich nicht nur um Propaganda der Ewiggestrigen handelt, sondern gleichzeitig versucht wird, in Polen selbst Anhang zu bilden, politische Strukturen zu schaffen durch die Gründung "Deutscher Freundeskreise". Faschisten und Vertriebenenverbände entfalten dazu eine rege Reisetätigkeit.

Allein "Europa vorn" berichtet über eine Vortragreise von David Irving durch

die DDR, eine Veranstaltung mit M. Rouhs in Dresden, eine Rundreise von Redaktionsmitgliedern durch Oberschlesien, bringt Interviews mit Vertretern solcher Freundeskreise. Finanzielle Unterstützung wird organisiert, Firmen werden erwähnt, die bereits Bücher, Möbel u.ä. für "Deutsche Zentren" spenden. Unter dem Deckmantel der Wahrung der Rechte deutscher Minderheiten in Polen soll von innen heraus der Druck auf die polnische Regierung geschürt werden, der Boden bereitet werden für den Einzug der DM auch in dieses Gebiet.

In einer Erklärung der Bundesversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier vom März 1990 heißt es : "Nach Art 23 des GG ist der Beitritt anderer Länder zum Grundgesetz nicht zu verhindern. Wenn ein gerechter Ausgleich für unser Heimatland hintertrieben wird...kann niemand verhindern, daß immer mehr Oberschlesier auch den Beitritt unseres Heimatlandes zum Grundgesetz in einem friedlichen Prozeß betreiben." - Die Leute von "Europa vorn" sind da schon kräftig dabei. Hier bietet sich ihnen ein Betätigungsfeld, das sie möglicherweise wieder in den Aufwind bringt.
(Volksfront)

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

**Café
Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

ROMA DEMONSTRIEREN ZUM ANTIKRIEGSTAG

Während der Deutsche Gewerkschaftsbund am 1. September in Recklinghausen seinen Vorsitzenden H.W. Meyer präsentierte, der fern von den "Massen" auf dem "Löhrhof" redete, demonstrierten ca. 120 Roma mit ca. 50 Deutschen gemeinsam unter Forderungen wie "Bleiberecht-Aufenthalt-Arbeit" und "Verteidigt das Asylrecht" mitten durch die Recklinghäuser Innenstadt, vorbei an tausenden von BürgerInnen, die es sich bei Wein, Bier und Spießbraten "wohlsein" ließen.

"Zum Wohlsein" war dann auch das Motto einer Großbrauerei, die wie zahllose Unternehmen riesige Zelt-Stände in modischem Gelb auf dem "Alten Markt" aufgebaut hatten - der Demonstration blieben als Platz zum Vorbeimarschieren knappe 2 Meter.

Während Meyer zwar betonte, von "deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen", vermied er es geflissentlich, auf die konkrete Kriegsbegeisterung westdeutscher Großdeutschlandpolitiker einzugehen.

Schon gar nicht erwähnte er den "Krieg" innerhalb Deutschlands, die Beteiligung seiner Parteifreunde Lafontaine und Heinemann an der rassistischen Hetze gegen Roma und allgemein gegen Flüchtlinge und Asylsuchende.

Die Demonstration der ROMA war insofern ein Erfolg, als sie gegen die allgemeine Hetze und gegen das Aufbauen von Pogromstimmungen, auch gegen beginnende Resignation und schon ziemlich verbreitete Hoffnungslosigkeit durchgeführt wurde.

Wir berichteten bereits in der vergangenen Ausgabe der AntifaZ über eine **Bürgerwehr**, die sich im Recklinghäuser Stadtteil "Leusberg" vor Monaten gebildet hatte. Unter Führung eines Herrn **Steinharter** kündigt man Aktionen gegen die Stadt Recklinghausen an, wenn die in diesem Stadtviertel wohnenden Roma nicht bis zum 15. September "umgesetzt" worden seien.

Zu Beginn der Demonstration standen dann auch nicht wenige dieser Rassisten in den Hauseingängen, pöbelten Demonstrationsteilnehmer an, insbesondere Deutsche, die man "mit den Zigeunern ins Gas schicken" wolle.

Überhaupt "zeichnen" sich die Mitglieder dieser Bürgerwehr durch zunehmende Aktivitäten "aus", die man gelinde als Vorstufe von Terror und Gewalt bezeichnen darf:

Sämtliche SchreiberInnen von Leserbriefen, die sich in den lokalen Zeitungen positiv zu den Roma geäußert hatten, wurden mit wüsten Beschimpfungen und Bedrohungen am Telefon traktiert.

Schon anlässlich des "**Bettelmarsches**" von Bremen nach Bonn hatte diese "Bürger"-Gruppe damit gedroht, die B 51 mit PKWs zu blockieren. Die Stadt Recklinghausen, der Bürgermeister und die führenden Politiker von CDU und SPD zeigten Verständnis nicht etwa für die Roma, sondern für das Anliegen der **deutschen** Anwohner.

Am 1. September zogen die demonstrierenden Roma mit ihren Familien, Männer, Frauen und Kinder, vom südlichen Stadtteil Leusberg bis zum Recklinghäuser Rathaus, immerhin eine Strecke von annähernd zehn Kilometern, mit der Forderung, die führenden Vertreter und Politiker der Stadt möchten aus dem Rathaus herauskommen und mit ihnen sprechen.

Keiner ließ sich blicken, die "Tür blieb verschlossen", wie die WAZ ihren Artikel überschrieb, obwohl bekannt war, daß Bürgermeister Welt sich mit "Freunden aus der Sowjetunion" im Rathaus aufhielt.

Ein paar Worte zur Recklinghäuser Vorstellung von "Gast"- "Freundschaft":

Immerhin hieß die Woche, die vom 27. August bis zum 2. September in Recklinghausen stattfand, Woche des Gastes.

Welch ein bodenloser Zynismus!

Zwar war der sowjetische Botschafter zu "Gast" in Recklinghausen, wurde sicher auch für einige tausend Mark beköstigt und untergebracht, zwar waren auch zahllosen Geschäftsleute mit riesigen Verkaufszelten "zu Gast" in Recklinghausen, von denen ein einziges im Anschaffungspreis sicher die Miete für eine Roma-Familie für mehrere Jahre beträgt,

zwar fraßen die RecklinghäuserInnen in diesen Tagen mit ihren "Gästen" um die Wette, so daß die zu "Gast" weilenden Geschäftsleute sicher Tagesumsätze von hunderttausend Mark und mehr einfuhren,

die kleine Gruppe von 120 "dreckigen Zigeunern" konnte da natürlich nicht mithalten - dagegen dachten sie ursprünglich mal - aber das ist lange her -

daß Roma im heutigen Deutschland ein besonderes Gastrecht erhalten würden.

Man möge sich in Erinnerung rufen:

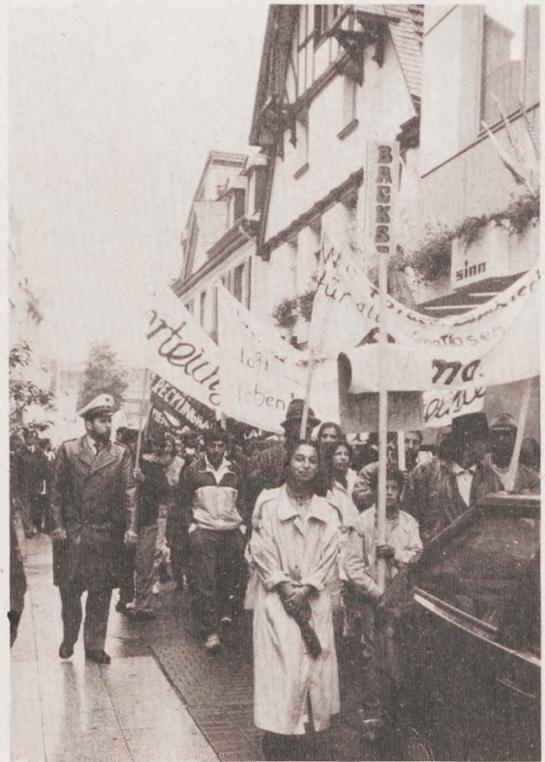
Über 500 000 "Zigeuner" wurden im III. Reich umgebracht ("ins Gas geschickt"), knapp zehntausend sind heute noch in der Bundesrepublik unter erbärmlichen Bedingungen untergebracht, und nun soll erneut eine **Endlösung** praktiziert werden, man will nicht nur keine weiteren mehr, man will sie jetzt **alle loswerden!**

Das "schmeckte" den Recklinghäuser BürgerInnen nicht, daß da plötzlich "Zigeuner" durch ihre "gute Stube", sprich ihren "Alten Markt", demonstrierten, die Gesichter wurden lang, die Bissen blieben im Halse stecken - man sah es den Gesichtern deutlich an: **Diese Menschen wagten es unverfrorenerweise sogar, uns auf den Teller zu gucken...**

Auch die Berichterstattung der "Aktuellen Stunde" verdeutlichte diesen Gegensatz treffend:

Auf der einen Seite Romafamilien: ärmliche Kleidung, Schimmel in den nassen Zimmerwänden, trostlose Umgebung.

Im Gegensatz dazu der Sprecher der Bürgerwehr, Steinharter, im schweren Ledersessel, einen "Sitzstreik" ankündigend, die sonstigen Pläne seiner Mannen wollte er vor der Kamera selbstverständlich nicht äußern.



Doch trotz all dieser Negativreaktionen: Es gab auch Unterstützung: So solidarisierte sich die ev. Pfarrkonferenz der Stadt Recklinghausen mit der Demonstration, Mitglieder des Süder Arbeitslosenzentrums organisierten Tee und Getränke, der Antifaschistische Bund organisierte Zelte für die geplante Belagerung des Rathauses (die dann wegen des zu starken Regens abgesagt wurde) und Verpflegung für zwei Tage, die DKP stellte Lautsprecher und Megaphon zu Verfügung, die Grünen unterstützten die Demonstration durch eine Rede einer Sprecherin, Freunde von den Autonomen organisierten eine Gruppe von Frauen und Männern, die die während der Demonstration in den Häusern verbleibenden Roma (überwiegend Frauen und kleine Kinder) beschützten, einige tausend Flugblätter wurden mit



Hilfe der ev. Kirche gedruckt, Vertreter der Roma-AG und des AFB führten eine Pressekonferenz durch - viel Hilfe und Unterstützung "im kleinen", die aber für die Durchführung einer solchen Demonstration von sehr großer Bedeutung war.

Bleibt der augenblickliche Stand der Dinge nachzutragen:
Am Montag, dem 3. September, demonstrierten erneut ca. 50 Roma und eine Reihe von Deutschen während der Stadtratssitzung für "Menschenrecht - Asylrecht Bleiberecht".

Erneut weigerte sich Bürgermeister Welt, mit den Roma auch nur zu sprechen. Immerhin konnte durchgesetzt, daß Sozialdezernent Ramhorst am 21. September ein Gespräch mit den Roma und ihren Sprechern führen wird.

Skandalös dagegen der gleichzeitig verkündete Beschluß des Kreises Recklinghausen - der klammheimlich vor der Stadtratssitzung gefaßt worden war:

Ab 1. Oktober erhalten die Asylsuchenden und die Roma im Kreis Recklinghausen nur noch 1/3 der Sozialhilfe in Barmitteln, 2/3 wird in Gutscheinen zu 20,- und 50,- ausgegeben. Diese dürfen nur für Lebensmittel und Bekleidung ausgegeben werden - also beispielsweise nicht für Spielzeug für die Kinder.

Und wie geht es weiter ?

Der Plan, die Roma in ein noch weiter außerhalb Recklinghausen liegendes Ghetto, eine Schule an der Dortmunder Str., zu verfrachten, scheint zur Zeit nicht aktuell - aber vielleicht nur deshalb, weil auch die Stadt Recklinghausen mit der "Endlösung" liebäugelt, nämlich auf einen Schlag "alle Zigeuner" loszuwerden ?

Aber auch wir werden nicht untätig sein:

Der Widerstand wird mit neuen Formen und Mitteln fortgesetzt !



WIR SIND KEINE NAZIS



Kürzlich hatten wir Gelegenheit, mit einem Mitglied der sogenannten "Psychos" zu sprechen. Hierbei erfuhren wir, daß diese Gruppe häufig mit Skins verwechselt wird. Um mal ein paar konkrete Fakten über die "Psychos" zu veröffentlichen, schrieb das Mitglied dieser Gruppe uns folgenden Bericht:

Der Ursprung des "Psychobilly" (sprich: Pseikobillie) läßt sich in England in die frühen 80er Jahre zurückverfolgen.

Dort traten zum ersten Mal im legendären KLUBFOOT die Gruppen "THE METEORS" und "THE CRAMPS" auf. Sie hoben sich durch ihren "neuen-alten" Musikstil, eine Art schnell gespielter RockABilly von der damaligen Szene, die vornehmlich von Punks, Skinheads und "Flippies" beherrscht wurde, ab.

Sie nannten sich fortan "PsychoBilly", was soviel bedeutet wie: "Verrückt, Irre". Daß sich diese neue Szene hauptsächlich aus RockABillys und Skinheads zusammensetzte, konnte man am Outfit erkennen.

Neben der Kleidung, hauptsächlich Arbeitskleidung wie Dockarbeiterschuhe ("Doc Martens"), Mäntel der englischen Müllmänner (Dunkey-Jackets) und Holzfällerhemden oder Baseballhemden bzw. Colle-

gejacken aus den USA, ist der Haarschnitt am auffälligsten:

Das FLAT (ursprünglich FLATTOP; engl. FLAT=flach, und Top=hoch) ist prägend für einen PSYCHO, was noch lange nicht bedeutet, daß ein exakt geschnittenes Flat (sprich: flät) einen "echten Psycho" ausmacht. Die Einstellung des PsychoBilly ist ursprünglich neutral, das Spaßhaben, Spontansein und a priori die Musik sind die wichtigsten Faktoren.

Leider ist die Psycho-

szenen, vor allem in Deutschland, stark nach rechts abgedriftet, da viele Skins in den vergangenen Jahren zu den Psychos überwechselten.

Die Freizeitgestaltung erweist sich oft als schwierig, da es kaum Diskotheken gibt, die "unsere" Musik spielen. Außerdem werden Psychos oft mit Vorurteilen belegt, die genauso auf die Vorurteile unserer Gesellschaft zurückzuführen sind wie die Intoleranz, die heutzutage vorherrscht.

Die übrige Freizeit wird zusammen mit Freunden verbracht, da das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Gemeinschaft eigentlich das Wichtigste sind. Obwohl gerade dieser Aspekt in den letzten Jahren stark gelitten hat!

Regelmäßige Höhepunkte stellen Konzerte und vor allem Festivals dar (z.B. das große Festival über Ostern in Belgien). Viele Psychos, auch von außerhalb von Europa, treffen dort zusammen,



neben Leuten aus Deutschland und England auch Psychos aus Österreich, Frankreich und den Niederlanden. Hierbei stellen die Benelux-Länder das größte Kontingent.

DIE GESCHICHTE DER METEOERS

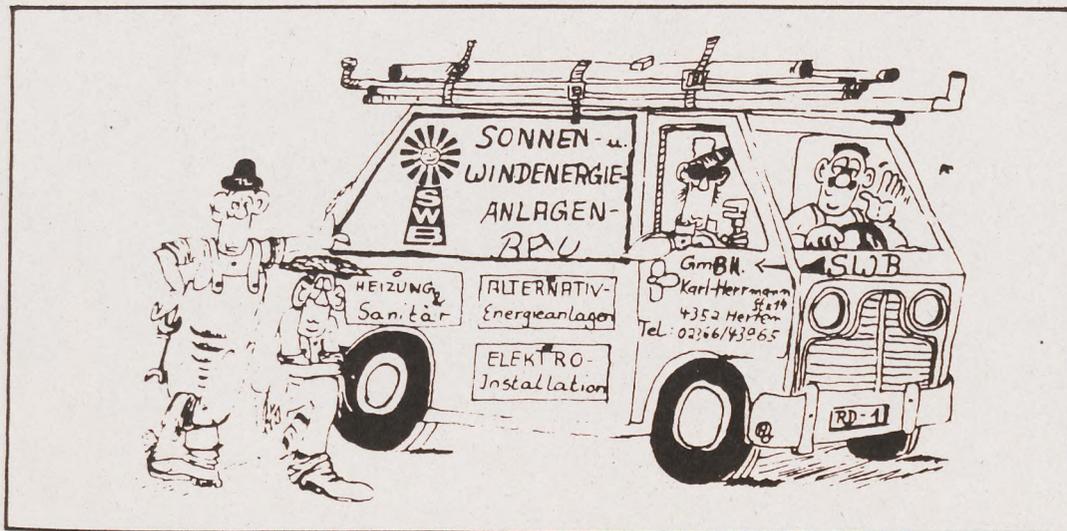
"THE METEOERS" starteten vor knapp zehn Jahren. Gegründet wurden sie von P. Paul Fenech als Reaktion auf den gesamten amerika-

nischen "Soft Rockabilly", der zu dieser Zeit gehört wurde.

Fenech entschied sich dafür, über Dinge zu singen, die er kannte und die ihn eher interessierten als amerikanischer "High school Hop" und "Pinc Cadillac Image", auf das sich die anderen Bands konzentriert hatten.

Ein Hauptinteresse waren - und sind es bis heute geblieben - Horror- und Science Fiction Filme und das Problem des Todes im allgemeinen.

ANZEIGE



ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel

Mit Verzögerung erst in dieser Ausgabe die angekündigte Vorstellung der Kieler "Atze" - ums gleich zu sagen - für uns zur Zeit die gelungenste unter der Antifa-Zeitschriften. Wir sind jedenfalls rundum begeistert (und nehmen uns die "Atze" heimlich zum Vorbild).

Im Oktober 1988 erschien die ATZE zum ersten Mal als Zeitung des damaligen Antifaschistischen Plenums Kiel. Seit der Vereinigung des Antifaschistischen Plenums und des Kieler Antifaschistischen Bündnisses zum Antifaschistischen Forum Kiel im Herbst letzten Jahres wird die Zeitung von einer festen Redaktion betreut.

Die ATZE versteht sich nicht als Zeitung einer bestimmten antifaschistischen Organisation oder Strömung. Sie bietet allen aktiven AntifaschistInnen ein Forum der Information und Diskussion.

Sie dokumentiert Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und ihrer Hintermänner.

Sie "kritisiert die faschistische Ideologie, ihre patriarchalen und antiemanzipatorischen Elemente und bemüht sich, Ansichten zu unterstützen, die den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus herausarbeiten."

Der Schwerpunkt liegt auf lokalen und regionalen Ereignissen.

In der politischen Breite der Themenstellungen ähnelt die ATZE der AntifaZ. Es wird über FAP-Aktionen und antifaschistische Gegenwehr, über REPs, über rassistische und ausländerfeindliche Vorkommnisse berichtet.

Ein etwas stärkerer Akzent wird möglicherweise auf Staat und Polizeiapparat gelegt, auch sieht es so aus, daß sich in der ATZE tatsächlich schon deutlicher **unterschiedliche** antifaschistische Positionen äußern, was in der AntifaZ noch ausbaufähig ist.



REP

Die Brut entschlüpft dem schlecht getarnten Schlangenei

Auch die "Deutschland"-Diskussion wird in der ATZE geführt, allerdings scheint es (noch) keine Kontakte zur Antifa-Szene in der DDR zu geben.

Besonders begrüßenswert finden wir, daß auch die ATZE die Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan dokumentiert und somit ein internationalistisches Verständnis von Antifaschismus.

Die ATZE erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 7-800 Exemplaren zum Preis von DM 2,-.

(ein angemessener Preis).

Was wir besonders gelungen finden:

- Lay out und Motive des Titelblatts
- Verbindung von Text und Bild, allgemein die Gestaltung
- Lesbarkeit der Artikel
- hoher Informationswert.

Was könnte noch besser werden?

(fällt uns fast nichts zu ein)

- evtl. einige Bilder in der technischen Qualität

- wenn Ihr es schaffen könntet, noch häufiger zu erscheinen

- evtl. ab und zu mal eine oder zwei Berichte über bundesweite Antifa-Entwicklungen.

Ansonsten finden wir die ATZE, wie zu bemerken ist, ziemlich toll. Wäre ja schön, wenn irgendwann in den kommenden Jahren mal ein bundesweites Treffen aller Antifa-Zeitungen stattfinden würde.

Der ATZE-Redaktion wünschen wir für die Zukunft weiterhin viel Erfolg.

Zum Schluß: ATZE kann abonniert werden bei:

ATZE Kiel

Schwefelstr. 6

2300 Kiel.

Bankverbindung:

Netzwerk, Postgiroamt Hamburg

BLZ 200 100 20

Konto: 487 599-202, Stichwort:

ATZE

(Preis für 4 Ausgaben: 15,-DM).

Anzeige

PIRATEN-WEISHEITEN:

(die Zweite)

*Ich sah mich um, sie schacherten wie je,
nur gierig, daß sich ihre Konten mehrten,
und lieferten die Waffen übersee,
erstaunt, als diese gegen sie sich kehrten.*

DRUCKWERK
43 18 21
SATZ
REPRO
DRUCK
Pennykamp 12a, DO-Hörde



1000 FASCHISTEN MARSCHIEREN IN WUNSIEDEL

Zum dritten Mal marschierten in Wunsiedel im Fichtelgebirge Faschisten anlässlich des Todestags von Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, dreimal so viel wie im vorigen Jahr. Alte und neue Nazis marschierten erneut "so diszipliniert", daß ihnen der Aufmarsch für das kommende Jahr schon genehmigt wurde. Denn so lange sie sich ordentlich benehmen, gibt es ja keinen Grund, den Aufmarsch zu verbieten, oder ?



Foto: Matthias Ley

Daß ein Neonazi aus Bad Segeberg in einem voll besetzten Cafe eine CS-Gas-Granate zündete, daß viele Faschisten den Hitlergruß zeigten, daß eine Pistole mit 55 Schuß scharfer Munition, Baseballschläger u.ä. bei den Nazis "sicher"gestellt wurden, wertete Polizeieinsatzleiter Peter Schnitte als "Einzelfälle, die ein Verbot des Aufmarsches im nächsten Jahr wohl kaum rechtfertigen könnten".

An diesem dritten Aufmarsch in Wunsiedel nahmen etwa 1000 Neonazis teil, im vergangenen Jahr waren es noch ca. 350.

Gegen den Naziaufmarsch demonstrierten etwa 3000 AntifaschistInnen. Wunsiedel scheint jetzt tatsächlich auf dem Weg zu sein, zu einem Wallfahrtsort für militante Faschisten z.T. aus ganz Europa zu werden. Unter ihnen viele Skinheads, aber auch nicht wenige

über 60jährige Unverbesserliche waren zu sehen.

Faschisten aus Holland trugen auf ihren uniformähnlichen Hemden einen Ärmelstreifen "Gau Niederlande", andere kamen aus Belgien, Großbritannien, Italien, Österreich und vor allem der DDR. Die kürzliche Zulassung der Republikaner (s. auch "Blick nach draußen" i. d. Ausgabe) hat den Faschisten in der DDR sicher einen erneuten Auftrieb verschafft. Die Polizei schritt gegen die uniformähnlichen Aufmachungen nicht ein, obwohl z.B. einige Faschisten in fast vorschriftsmäßiger SA-Kluft teilnahmen. Bewußt konnten die Faschisten auch gegen Auflagen der Genehmigungsbehörde verstoßen. So wurde immer wieder die verbotene erste Strophe der Nationalhymne angestimmt, der sogenannte Widerstandsgruß und der Hitlergruß entboten und "Sieg Heil" skandiert. Die Polizei beließ es bei ergebnislosen Aufforderungen, dies zu unterlassen. Laut Einsatzleiter Schnitte würden aber Verstöße noch im Nachhinein verfolgt.

Die etwa 3000 Antifaschisten demonstrierten zuvor durch Wunsiedel, aber es gelang weder im Vorfeld, die Behörden zu einem Verbot des faschistischen Aufmarsches zu zwingen, noch gelang es, den Aufmarsch der Faschisten selbst zu stoppen.

Eine Hundertschaft USK ("Unterstützungskommando", Sondereinheit der Bayerischen Polizei) und weitere Hundertschaften aus der Bereitschaftspolizei und dem Bundesgrenzschutz schützten den Kundgebungsplatz und den anschließenden Gedenkmarsch der Faschisten.

Nur den autonomen Antifa-Gruppen war es gelungen, gut zu mobilisieren. Das breite Bündnis, das sich unter den Aufruf des Arbeitskreises gegen alte und neue Nazis (Wunsiedel) stellte, war eher ein Papiertiger. So gelang es der Polizei auch, die AntifaschistInnen in Schach zu halten, und das USK konnte sich die Prügeleinsätze gegen autonome AntifaschistInnen erlauben.

Ohne ein breites Bündnis aber wird es nicht zu verhindern sein, der aufkommenden faschistischen Szene hier und anderswo wirksam entgegenzutreten zu können. Die anwesende Bevölkerung sympathisierte z.T. eher mit dem strammen Aufmarsch der Faschisten

als mit dem spontaneistischen Auftreten der AntifaschistInnen. Daß vor zwei Jahren im nicht weit von Wunsiedel entfernten Schwandorf mehrere Menschen bei einem Brandanschlag der Faschisten starben, scheint keine große Rolle zu spielen. Es kam sogar zu an die AntifaschistInnen gerichteten Zurufen, sie gehörten ins Arbeitslager und ver-gast.

Die Bevölkerung der ca. 10 000 EinwohnerInnen zählenden Stadt ist schlicht genervt, daß ihr Wohnort einmal im Jahr von der Polizei wie eine Festung abgeriegelt wird und hat deshalb für die demonstrierenden AntifaschistInnen wenig Verständnis. Doch dabei werden die Ursachen verkannt, nämlich daß Justiz und Exekutive den Faschisten mehr und mehr Bewegungsspielraum läßt und daß die Rechtsentwicklung vor allem in der DDR von der BRD provoziert und geschürt worden war.

Aber auch die AntifaschistInnen müssen sich etwas einfallen lassen. Kritisiert werden sollte, daß die Information und Einbeziehung der Bevölkerung mangelhaft zu sein scheint.

Daß die Bevölkerung in ländlichen Regionen, wenn sie persönlich betroffen ist, auch durchaus entschlossen handeln kann, haben die Auseinandersetzungen um die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf gezeigt. In Wunsiedel aber kommt der Bevölkerung, bildlich gesprochen, eher die Rolle des Zuschauers im Zirkus zu, während die Gladiatoren sich in der Arena schlagen.

Möglicherweise bis zu 60 Prozent einzelner bayrischer Polizeieinheiten sollen Rep-Wähler sein, so ist es sicherlich nicht verwunderlich, daß die meisten Polizisten den Schwerpunkt ihres Einsatzes gegen die AntifaschistInnen gerichtet sahen und auch so handelten. Daß eine Reihe von Faschisten im Zuge von Straßenkontrollen in Gewahrsam genommen wurden und weniger AntifaschistInnen, lag einzig und allein daran, daß sich der Staatsapparat bewaffnet auftretende Faschisten noch nicht leisten kann und will. Daß verschiedene Waffen der Faschisten beschlagnahmt wurden, rechtfertigt kein Vertrauen in die Staatsmacht. Daß sie ernsthaft gegen das Auftreten und Konsolidieren der Faschisten vorgehen will, kann daraus nicht abgeleitet werden.

(aus: SOZ Nr. 18 vom 30.8.90)

ANTIFASCHISTISCHE FILME IM VERLAG

"UNIDOC"

Der Dortmunder Filmverleih UNIDOC ist bei vielen AntifaschistInnen seit langem bekannt für seine große Auswahl antifaschistischer Spiel- und Dokumentarfilme.

Da wird es Zeit, daß unsere Zeitschrift einmal etwas ausführlicher darauf hinweist. In dieser und in den folgenden Ausgaben wollen wir die Inhalte einiger dieser Filme bekanntmachen, auf einige dann auch ausführlicher eingehen.

Als ersten Film in dieser Reihe stellen wir vor:

VHS

Best.-Nr. 412

Im Namen des Führers

Dieser Film verdeutlicht, wie die "arischen" Kinder für die Naziideologie ausgenutzt und mit welcher Brutalität Kinder "minderwertiger Rassen" versklavt, für barbarische Experimente benutzt oder vernichtet wurden. In Originaldokumenten zeigt der Film, was alles geschah im Namen des Führers...

Lydia Chagoll hat in jahrelanger Arbeit Bilddokumente und Textmaterial aus den Archiven vieler Länder zusammengetragen und zu einem historisch authentischen Zeugnis vom Martyrium der Kinder in nationalsozialistischem Herrschaftsbereich zusammengestellt. Texte und Bilder stammen ausschließlich aus Veröffentlichungen, Schulbüchern, Dekreten, Gesetzen und Berichten aus der NS-Zeit. Die Authentizität des Materials läßt keinen Raum für Zweifel und Spekulationen.

Der Film zeigt deutlich, wie die Kinder der Herrschenden ebenso mißbraucht und vereinnahmt wurden wie die Kinder der Unterdrückten, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Denn der Nationalsozialismus unterwarf das Kind mit beispielloser Arroganz seiner exzessiven Rassenideologie. In zahlreichen Dokumenten stellt Lydia Chagoll dar, wie das arische Kind zum Objekt des nazistischen Erziehungswerks wurde. Nicht umsonst zeigte sich Hitler so häufig mit blonden und blauäugigen Kindern. Das Image der zärtlichen Vaterfigur, seine fürsorglichen Gesten verdeutlichen die große Bedeutung der Materie Kind in der NS-Propaganda. Der Führer, dargestellt als größter Lehrer und Erzieher, forderte absoluten Gehorsam. So wurde die Erziehung der Jungen und Mädchen in Jugendorganisationen und Schulen zu Nazi-Gläubigkeit und rassistischer Borniertheit auf die Zu-

kunft Groß-Deutschlands abgestellt, auf den "Herrschaftsanspruch der arischen Herrenrasse".

Mit der gleichen bürokratisch organisierten Gründlichkeit, mit der sie die eigenen Kinder prägten, unterwarfen sich die Nationalsozialisten die "minderwertigen" Rassen Europas. Nach ihrer Ideologie taugten die "minderwertigen Untermenschen" allenfalls zur Zwangsarbeit, ihre geistige Erziehung war demnach überflüssig. Mit maßloser Verachtung wurden andersrassige Kinder versklavt, vernichtet oder für brutale medizinische Experimente geopfert: Stationen eines filmisch dokumentierten Leidensweges "im Namen des Führers".

Beispiellos ist auch die pädagogische und psychologische Raffinesse, mit der arische Kinder zum Judenhaß erzogen wurden. Der Film zeigt, wie die NS-Propaganda in Karikaturen und Hetzreden das Feindbild

von der "jüdischen Bestie" errichtete: "Der Jude als Parasit und Volksfeind muß vernichtet werden, wo es möglich ist" - gemeint ist die Endlösung, ein judenfreies Europa.

Die Vernichtung der "Schädlinge" wurde als "aktiver Beitrag zur europäischen Kultur" gepriesen. Über die jüdischen Kinder war damit das Urteil gesprochen: Sie wurden deportiert, selektiert und schließlich liquidiert.

Der Film schließt mit erschreckenden Bildern von Kindern, die der "Endlösung" zum Opfer fielen. Diese Dokumente machen die Barbarei und archaische Grausamkeit von Menschen offenbar, die sich selbst als "Herrenrasse" bezeichneten.

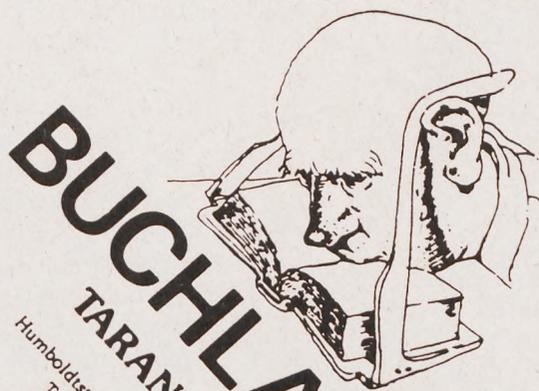
Dokumentarfilm,
Belgien 1977
Regie: L. Chagoll

Zu bestellen bei:
UNIDOC
Film u. Video
Westenhellweg 19
46 Dortmund 1

Im Namen des Führers



ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1
Telefon (02 31) 1 4 16 89

blick nach draussen

Westberlin/Berlin(DDR), 8.8.90

Am 27. Juli hatte das Präsidium der Volkskammer einstimmig beschlossen, das Parteiverbot der **Republikaner** beim Obersten Gericht der DDR zu beantragen. Es bezog sich dabei auf das Parteigesetz, das Parteien mit faschistischen, militaristischen, rassistischen und inhumanen Zielen untersagt.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts sollte das durch die Volkskammer im Februar ergangene Verbot ersetzen und an die jetzige Rechtslage anpassen. Damit sollte die Beteiligung der Republikaner an den gesamtdeutschen Wahlen (im Wahlgebiet der DDR) verhindert werden.

Am 8. August meldet der **Tagesspiegel**, daß eine BRD-"Denkschrift" zum Wahlvertrag zwischen der BRD und DDR das REP-Verbot durch die Volkskammer als nicht mit dem Vertrag vereinbar bezeichnet. Nach Artikel 5 sind nur solche Parteien ausgeschlossen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags auf dem Gebiet der Bundesrepublik vom Bundesverfassungsgericht, auf dem Gebiet der DDR vom Großen Senat des Obersten Gerichts verboten wurden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums forderte, daß die Volkskammer das REP-Verbot revidiert und den Republikanern im Gebiet der DDR die gleichen Freiheiten garantiert wie in der BRD.

Am gleichen Tag gibt der Vizepräsident der Volkskammer, Höppner, bekannt, daß der gestellte Verbotsantrag zurückgezogen sei, weil die "Beweismittel gegen die Republikaner nicht ausreichen". Zu diesem Ergebnis seien die Juristen der Volkskammer gekommen. Die Drohung der Republikaner, beim Bundesverfassungsgericht die Wahlen anzufechten, hätten die Entscheidung des Präsidiums nicht beeinflusst. Die Republikaner könnten sich von sofort an auf dem Gebiet der DDR legal betätigen.

(Tagesspiegel, 4.8. und 9.7.90).

Stuttgart, 3. August 1990

Am 3. August führten zwischen 1500 und 2000 Menschen in Stuttgart einen Schweigemarsch durch, um gegen die Schändung eines jüdischen Friedhofs durch Faschisten zu protestieren. Aufgerufen hatten die Stadt Stuttgart und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, auch DGB und VVN/BdA mobilisierten. Die Initiative "Nie wieder Deutschland" verteilte ein Flugblatt. Bereits am 21. Juli hatten in Tübingen mehrere hundert Menschen gegen die Verwüstungen von Grabsteinen von Opfern des Nationalsozialismus demonstriert. Antifa-Gruppen, Fachschaften der Uni, VVN/BdA, Grüne, DKP und VSP riefen gemeinsam auf.

Gelsenkirchen, 19.6.90

Seit dem 19.6.90 ist in Nordrhein-Westfalen die sogenannte Altfallregelung für Flüchtlinge in Kraft. Sie soll ehemaligen AsylbewerberInnen und AusländerInnen ohne Rückkehrmöglichkeiten nach langjährigem Aufenthalt einen gefestigten Aufenthaltsstatus verschaffen. Familien, die sich seit mindestens fünf Jahren hier aufhalten, oder Alleinstehende, die seit acht Jahren in NRW leben, sollen nach diesem Erlaß eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Der Erlaß von Innenminister Schnoor birgt jedoch zahlreiche Ausschlußtatbestände in sich. So ließ die Stadt Gelsenkirchen über die Presse mitteilen, daß es in Gelsenkirchen angeblich keine Flüchtlinge mit einem Bleiberecht nach dem Runderlaß gibt. Als Hauptgrund dafür wird der Sozialhilfebezug genannt. Tatsächlich schließt die Regelung die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe im Regelfall aus und läßt nur wenige Ausnahmen zu.

Düsseldorf, 7.8.90

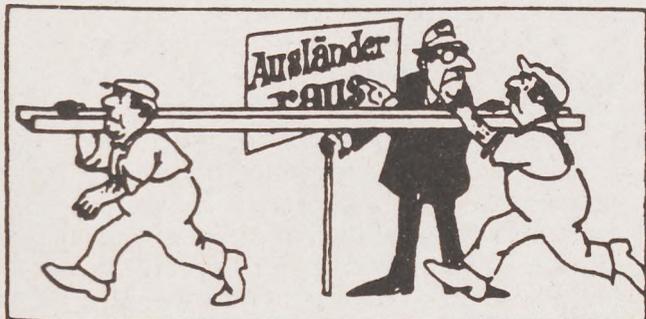
Am 66. Verhandlungstag des Düsseldorfer Kurdenprozesses wurde am 7.8. ein schwerer Fall von Aktenunterdrückung durch die Bundesanwaltschaft bekannt. Dabei geht es um das Verhör eines Mehmet B., der nach der Anklage der Bundesanwaltschaft 1984 beinahe einem Mordversuch zum Opfer gefallen sein soll. Die Bundesanwaltschaft wirft zwei der in Düsseldorf Angeklagten vor, an diesem Mordversuch beteiligt gewesen zu sein. Das BKA hatte Mehmet B. im November 1989, d.h., nach Beginn des Düsseldorfer Prozesses, Bilder der beiden Angeklagten vorgelegt. Mehmet B. kannte beide nicht. Diese offensichtlich die Angeklagten entlastende Aussage wurde von der Bundesanwaltschaft unterdrückt. Noch während der Hauptverhandlung Ende Juni hatte Oberstaatsanwalt Lothar Senge auf Nachfragen der Anwälte bestritten, daß Mehmet B. jemals beim BKA vernommen worden sei. Erst durch hartnäckiges Nachfragen, wo dieser Zeuge geblieben sei, kam nun die Akte mit dem Vernehmungsprotokoll Mehmet B.s zum Vorschein. Ein Antrag der Verteidiger, Oberstaatsanwalt Senge nach Bekanntwerden dieser Aktenunterdrückung abzulösen, wurde abgelehnt. Stattdessen forderte das Gericht die Bundesanwaltschaft auf, definitiv zu erklären, daß sie dem Gericht keine weiteren Beweismittel voenthalte.

München, 10.8.90

Peter **Recknagel**, von Beruf Polizist, war einer der sechs Republikaner, die in den Münchener Stadtrat gewählt worden waren. Wegen "Verunglimpfung von Mitgliedern" wurde er jetzt aus der Partei ausgeschlossen. Er gehörte zu denen, die versucht hatten, Schönhuber das Wasser abzugraben. Sein Stadtrats-Mandat verliert er allerdings nicht, er ist jetzt aber fraktionslos.

Hannover, 9.8.90

In einem offenen Brief hatte ein CDU-Ratsherr und Vorsitzender des städtischen Jugendwohlfahrtsausschusses die Vertreibung von Sinti und Roma von einem Platz im Stadtteil Döhren gefordert. Der Forderung der GABL nach Rücktritt des Ratsherrn hat sich auch der Personalrat des Jugendamts angeschlossen mit der Begründung, Rotermund habe eine ethnische Minderheit beleidigt und Rassenhaß geschürt. Auch der Stadtjugendring hat Stellung gegen die Hetze bezogen. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende im Rat der Stadt hat eine Entschuldigung Rotermunds als "das mindeste" bezeichnet, was man erwarten könne. Das hat die Position Rotermunds nicht erschüttert, er bleibt bei seinen Vorwürfen, die Sinti und Roma würden die Umgebung verschmutzen. Ein Verwaltungssprecher hat diese Beschuldigung vor dem zuständigen Bezirksrat zurückgewiesen. Rotermund erwartet, daß sich die von ihm auf rassistische Weise diskriminierten Sinti und Roma mit ihm und der Verwaltung an einen Tisch setzen.



INTERVIEW MIT WILMA KOBUSCH

Nach dem Gespräch mit Wilma KOBUSCH, das wir im August mit ihr in Gelsenkirchen führten, wird uns das Thema "Euthanasieforschung, Embryonenforschung und Gentechnologie" in Zukunft nicht mehr loslassen. Wilma ist "behindert" und beschäftigt sich seit geraumer Zeit intensivst mit den angesprochenen Themen. Zur gleichen Thematik sprachen wir kurz darauf dann außerdem mit Erika FEIERABEND vom GEN-Archiv Essen. Auch sie ist seit Jahren mit dem Thema Genforschung und Gentechnologie beschäftigt.

Wilma KOBUSCH stellt sich in dem im Anschluß an die Interviews dokumentierten Brief an den Rektor der Universität Duisburg mit folgenden Worten vor:

" Ich bin mit einer im 3. Reich lebensgefährlichen Behinderung geboren, ich hätte innerhalb der Singerschen Bedenkfrist nie die message rüber kriegen können, daß ich rational und autonom bin, ich habe Sprachwissenschaft, Englisch und Russisch studiert, ich war 35 Jahre berufstätig, ich wollte jetzt im Hauptfach Philosophie studieren, doch das habe ich inzwischen geändert, weil es sich als außerhalb der Möglichkeiten meiner Ethik liegend herausgestellt hat."

AntifaZ: Wilma, was kannst Du uns allgemein zum Thema "Behinderung" in unserer Gesellschaft mitteilen?

Wilma Kobusch: Nehmen wir z.B. den Bereich Behinderten und Sonderpädagogik, hier wird die "Problematik" deutlich:

Die Pädagogik hat die Tendenz, Behinderte abzusondern, von den anderen Kindern abzuspalten. Sie sollen in "Schutzräume" verbracht werden, darin erfahren sie nicht die Alltagswirklichkeit, umgekehrt werden Nichtbehinderte nicht mit Behinderten konfrontiert, sie projizieren ihre Ängste auf die Behinderten.

Die Hauptforderung ist selbstverständlich, behinderte Kinder in "normale" Schulen zu integrieren, aber diesem Ziel werden tausende von Steinen in den Weg gelegt. Die GEW hat auf ihrem Kongreß am 9. März zwar diese Forderung bekräftigt, Eltern berichteten aber von zahllosen Einzelkämpfen, die bei dem Versuch, dies zu verwirklichen, zu führen seien.

Die Abschiebung von Behinderten in Sonderklassen führt zum Abstempeln. In den USA ist man hier bedeutend weiter, schon früh wird Aufklärung betrieben, "Behindertenfilme" werden gezeigt, das führt zu einem abgeklärten Umgang. Bei uns wird meistens noch "gglotzt", wenn Behinderte zur Kenntnis genommen werden.

In NRW ist per Erlaß geregelt, daß geistig Behinderte nur bis zur 4. Klasse integriert werden, dann findet eine Abkapselung statt. Man kann aber vorausagen, daß auch in der "Lernbehindertenschule" kein großer Erfolg erzielt werden wird.

AntifaZ: Du hast Dich bei Deinen Studien besonders intensiv mit den Grundlagen der heutigen "Euthanasie"-Forschung beschäftigt. Welches sind hierbei die Kernpunkte?

Wilma K.: Grundlegende Kritik ist an dem Menschenbild von Forschern wie Singer u.a. zu leisten. Es wird eine "Ethik der Quantitäten" entwickelt, eine Vorstellung einer "Meßbarkeit des Glücks", die relativ deutlich mit der sonstigen technologischen Entwicklung des "High tech" einhergeht. Es sollen "mathematische Definitionen" des "Glücks" entwickelt werden, es soll der Mensch auf den Begriff einer "Person" reduziert werden, was man nur zu bestimmten Zeiten sei, vorher und nachher nicht, nur einer solchen "Person" gegenüber sei die Gesellschaft moralisch zu Schutz und Solidarität verpflichtet, alles, was nicht unter den Begriff "Person" subsummiert werden kann, steht zur Disposition. So sollen nach den Vorstellungen einiger Forscher z.B. Eltern nicht nur berechtigt, sondern sogar dazu verpflichtet werden, behinderte Kinder abzutreiben.

Diese Forscher einer solchen "Bio-Ethik" lehnen eine generelle Verantwortung des Wissenschaftlers für das menschliche Leben ab. Wie weit sie zuweilen schon gehen, mag ein kurzes Zitat des Professors Dieter BIRNBACHER deutlich machen:

"(...) ist das Leben kein Höchstwert, unabhängig von der Lebensqualität und den mit der Aufrechterhaltung des Lebens verknüpften subjektiven Kosten. Wer das Leben als Höchstwert auffaßt, vertritt kein Prinzip, das auf universale Anerkennung Anspruch erheben kann, sondern ein persönliches Ideal." (in: "Um Leben und Tod").

AntifaZ: Du arbeitest seit geraumer Zeit nicht nur wissenschaftlich, Du hast auch, wie wir hörten, inzwischen an zahlreichen politischen Aktivitäten teilgenommen, insbesondere am Widerstand gegen ein Proseminar, welches im WS 1989 an der Uni Duisburg von Professor KLIEMT durchgeführt werden sollte. Worum ging es dabei?

Wilma: Im Wintersemester 1989/90 sollte im FB Philosophie ein Proseminar zur "Praktischen Ethik" von Peter SINGER durchgeführt werden. Dies Seminar wurde geleitet von Prof. Kliemt. Bei Singers "Ethik" handelt es sich um eine durch und durch antihumane Theorie der Euthanasie, der eigentliche Skandal dieses Seminars ist, daß hier wie in anderen, ähnlichen Fällen, der Versuch unternommen wurde, derartige Theorien in der historischen Kontinuität der gerechtfertigten Vernichtung aller Art von Minderheit auf einem Campus **diskutabel** zu machen. Und darum ging und geht auch der Streit. Kliemt und andere leugnen nicht bzw. leugnen häufiger doch, daß die Theorien Singers und anderer "problematisch" sind - man **muß** sie also nicht akzeptieren - , sie treten aber unter dem Schlachtruf "Freiheit der Wissenschaft" dafür ein, daß über diese Theorien gelehrt und diskutiert werden soll. In Duisburg bildete sich eine Gruppe von StudentInnen, die die Absetzung dieses Proseminars forderte. Interessant war nun, daß diesen seitens Kliemt, auch seitens der Asta, der Vorwurf gemacht wurde, sie seien Gegner der "Freiheit der Wissenschaft", sie seien "faschistische Chaoten", etc. Die Auseinandersetzungen an der Uni Duisburg dauern an.

AntifaZ: Inwieweit hat diese universitäre Forschung etwas mit den allgemeinen Entwicklungen in unserer Gesellschaft zu tun?

Wilma: Es gibt diese Forschung inzwischen an allen Universitäten. Die sogenannten "Geisteswissenschaften" suchen verzweifelt nach "ideologischen" Aufgaben, um ihre Finanzierung zu rechtfertigen und zu erhalten. Es besteht ein enger Zusammenhang zur allgemeinen Entwicklung in den Naturwissenschaften, insbesondere zur Genforschung und Gentechnologie. Hierzu kann Euch Erika FEIERABEND vom GEN-Archiv Essen genauere Informationen geben (siehe das zweite Interview). Die Zielrichtung dieser Forschung liegt auf der allgemeinen Zielrichtung dieser Gesellschaft: Der **Kostenfaktor** soll zunehmend zum einzigen Kriterium für die soziale Ebene werden, damit ist die Konsequenz der Aussortierung aller "unnützen" Minderheiten programmiert. Leute wie Singer und andere sollen dafür die "philosophische" und "ethische" Rechtfertigung liefern.

TÖDLICHE ETHIK

WIDER DIE

TODES
SACHZWANG
DATEN
MEDIZIN
GEN
ZÜCHTUNGS
KOSTEN-DÄMPFUNGS
SOZIALPLANUNGS ...

EXPERTEN

AntifaZ: Wir bedanken uns für das Gespräch und das umfangreiche Informationsmaterial, das wir von Dir erhielten.

Wir werden als antifaschistische Zeitung in Zukunft regelmäßig zu diesem Thema berichten und hoffen, dadurch einen Beitrag zu leisten, daß dies Thema in der antifaschistischen Arbeit in NRW und anderswo mehr beachtet wird als bisher.

ETHIK

IM ZEITALTER MENSCHLICHER REPRODUZIERBARKEIT

Im Winter 1989 fand der Widerstand gegen die Euthanasie-Theorien des Peter SINGER durch die Aktionen von StudentInnen an der Universität Duisburg gegen ein Proseminar bei Professor KLIEMT einen vorläufigen Höhepunkt.

Wilma KOBUSCH, mit der wir das vorstehende Interview durchgeführt haben, schrieb am 6.10.89 an den Rektor der Universität, um ihren Standpunkt wissenschaftlich zu untermauern. Wir drucken Auszüge aus diesem Brief, da er u.E. einen gelungenen Einblick in die Theorien Singers eröffnet.

Herrn
Prof. Dr. rer. nat. Gernot Born
Rektor der Universität-GH-Duisburg
41 Duisburg 1

Sehr geehrter Herr Professor Born,
Im Wintersemester 1989/90 findet im Fachbereich Philosophie ein Proseminar zur "Praktischen Ethik" von Peter Singer statt(...). Es ist kein Geheimnis, welche Euthanasie-Vorstellungen Singer vertritt, und deshalb protestiere ich hiermit gegen diese Veranstaltung schärfstens. Es ist ganz ungeheuerlich, daß wieder einmal auf einem Campus das Leben von Minderheiten zur Diskussion steht, ganz abgesehen davon, daß es für die betroffenen Gruppen entwürdigend ist. (...)

Singer unterscheidet drei Kategorien von Euthanasie, die freiwillige, die nicht freiwillige und die unfreiwillige. Um die Euthanasie der letzten beiden Kategorien handhabbar zu machen, gibt Singer zunächst in einer sophistischen Volte den Begriff Mensch auf zugunsten von "Mitglied der Gattung Homo sapiens" für den biologischen Aspekt und "Person" für einen nicht näher definierten Aspekt, weil "Person...irreführend...oft in der Bedeutung von menschliches Wesen verwendet wird". Eine "Person" ist vernunftbegabt, rational und hat Zeitgefühl. Demzufolge "...(sind) manche Angehörigen anderer Gattungen Personen, manche Angehörigen unserer eigenen Gattung nicht".(...)

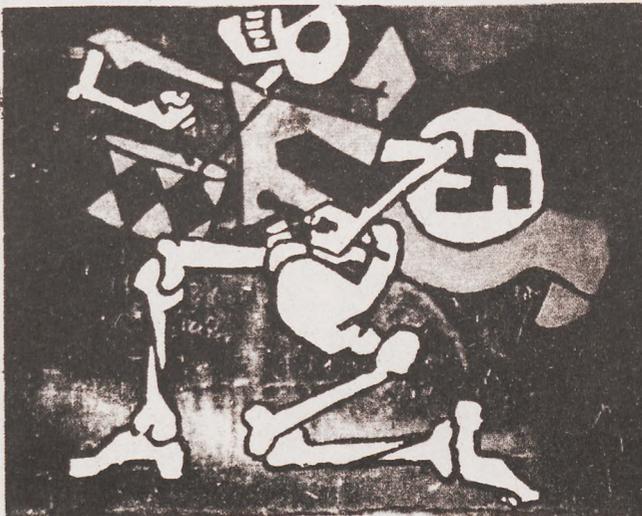
Überhaupt scheint sich unbemerkt von der nicht-akademischen, oder jedenfalls nicht-geisteswissenschaftlichen Öffentlichkeit eine Art zoologische Wandlung vollzogen zu haben, denn auch der Behindertenpädagoge ANSTÖTZ berichtet in seinem Paper "Heilpädagogische Ethik auf der Basis des Präferenz-Utilitarismus"(...), daß er "von Berufs wegen sozusagen in einem Grenzland arbeitet, wo die moralischen und biologischen Trennungslinien verschwimmen", und illustriert seinen Arbeitsplatz eindrucksvoll mit einer Grafik, in der zwei Kreishälften (links Tiere, horizontal schraffiert, rechts Menschen, schräg schraffiert) durch eine elegante Linienführung zwei Schnittmengen bilden: vermutlich Menschentiere oder Tiermensen.

Doch weiter mit der Praktischen Ethik und Herrn Singer: es gibt "starke Gründe, das Leben von Personen über das Leben von Nicht-Personen zu stellen", so daß "die Tötung eines Schimpansen schlimmer ist als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist". Hier ist festzuhalten, daß die Depersonalisierung von Menschen schon immer als Begründung notwendig war, um mit Minderheiten unmoralisch hantieren zu können. Die Geschichte ist dafür voll von Beispielen. Alsdann macht sich Singer daran, die Tötungsbarriere wegzudisputieren. "Ein Neugeborenes von zehn Tagen ist kein rationales und selbstbewußtes Wesen..., und das Leben eines Neugebo-

renen hat also weniger Wert als das Leben eines Schweines, eines Hundes oder eines Schimpansen". "Ein Neugeborenes ist nicht imstande, sich selbst als ein Wesen zu sehen, das eine Zukunft haben kann oder nicht, und daher hat es auch keinen Wunsch weiterzuleben", es ist also nix sonderlich Schützenswertes, salopp gesprochen.(...)

Nachdem Singer nachgewiesen hat, daß nicht alle Menschen Personen und nicht alle Tiere Tiere, sondern manche auch Personen sind, wie z.B. Schimpansen (...), kommt er zur Euthanasie, wobei wir gleich beruhigt werden, daß sie "nichts Schreckliches an sich (hat) und die Nazi-Analogie irreführend (ist)". Denn "wir können die Euthanasie nicht nur deshalb verdammen, weil die Nazis sie durchgeführt haben, ebensowenig wie wir den Bau von neuen Straßen aus diesem Grund verdammen können". (Die Autobahn !! Wie üblich !) "Obwohl die Leute manchmal so reden, als ob es für immer verboten sein sollte, ein Leben als nicht lebenswert zu beurteilen..., gibt es Zeiten, in denen ein solches Urteil offensichtlich korrekt ist."

(Was darf man unter "Zeiten" verstehen? Bestimmte gesellschaftliche Konstellationen erlauben bestimmte Praktiken).



Kandidaten für die nichtfreiwillige Euthanasie sind nach Singer "schwer mißgebildete oder stark zurückgebliebene Säuglinge sowie Menschen, die durch Unfall, Krankheit oder hohes Alter die Fähigkeit auf Dauer verloren haben, das Entscheidungsproblem zu verstehen." "Dies ist die Situation des mißgebildeten Kleinkindes oder des älteren menschlichen Wesens, das seit Geburt geistig ernsthaft (sic !) zurückgeblieben ist". Außerdem qualifizieren sich für diese Euthanasie-Vari-

ante Menschen "..., die einmal Personen und fähig waren, zwischen Leben und Tod zu wählen, aber jetzt, durch Unfall oder hohes Alter diese Fähigkeit für immer verloren haben und die vor dem Verlust dieser Fähigkeit keinerlei Ansichten über Euthanasie unter solchen Umständen geäußert haben"(Hervorhebungen durch Frau Kobusch).(...)

Und Singer weiter: "die Zugehörigkeit eines menschlichen Wesens zu Spezies Homo sapiens allein (hat) keine Bedeutung dafür, ob es verwerflich ist, es zu töten. Entscheidend sind vielmehr Autonomie und Selbstbewußtsein. Mißgebildete Säuglinge haben diese Eigenschaft nicht. Sie zu töten, kann daher nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen".

"Mit dem Augenblick der Geburt beginnt die natürliche Zuneigung der Eltern zu ihrem Kind", und deshalb wird "normalerweise" eine Tötung als "schrecklich" empfunden. Doch "es ist etwas anderes, wenn sich herausstellt, daß das Kind mißgestaltet ist", weil sich da nämlich das normalerweise "freudige Ereignis" in "eine Bedrohung für das Glück der Eltern und anderer Kinder, die sie vielleicht noch bekommen werden" verwandelt. (Hervorhe-

bung von Frau Kobusch).

An dieser Stelle muß man innehalten. Zunächst zur Zuneigung der Eltern, die angeblich erst im Augenblick der Geburt ihres Kindes beginnt: Singer versucht hier etwas als wissenschaftlich gesichertes Faktum auszugeben, was die Psychologie besser weiß, und übrigens auch belegen kann.(...)

Aber darüberhinaus ist die oben aufgezeigte Position Singers von ganz besonderer Infamie, denn hier wird insinuiert, daß es für das schwerbehinderte

Kind, das "mißgestaltete Kind", um präzise zu sein, elterliche Liebe und Geborgenheit sowie Angenommensein nicht gibt. Die Konsequenz, die offensichtlich außerhalb des Singerschen Vorstellungsvermögens liegt oder aber von ihm für eine negligible quantity gehalten wird: es gibt für das Kind auch zukünftig keine vertrauensvolle Gewißheit in die Selbstverständlichkeit seiner Existenz mehr. Es wohnt praktisch zur Miete, wo nichtbehinderte Menschen ganz selbstverständlich für sich ein Dauerwohnrecht für völlig normal und legitim halten. Aber damit nicht genug: es wird weiter insinuiert, daß das Kind nur insofern einen Wert hat, als es die "Gesamtsumme des Glücks" (diese Chimäre!) seiner Familie nicht ruiniert, vermutlich weil es kein Take-home-baby war, sondern eher ein Wegwerfartikel, es sei denn, jemand hätte es adoptieren wollen, um seiner Mutter "die Last" abzunehmen. Ist das nicht ein bißchen viel an Hypothek für ein Kind um irgendeines professoralen Sandkastens willen?

Man möchte wirklich fragen: seid ihr eigentlich übergeschnappt? Denkt ihr auch mal an die Konsequenzen?

Und wieder Singer:

"Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt" (was ist ein glückliches Leben? Wer darf sich anmaßen, das für einen anderen Menschen zu definieren?), "...dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird."(...).

Singer läßt keinen Zweifel:

"Der Kern der Sache ist freilich klar: die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht" (...). Allerdings, voreilig schmeißt der neue Utilitarismus natürlich nichts weg, und deswegen erwägt Herr Singer eine Art Bedenkzeit:

"...würde man behinderte Neugeborene **bis zu etwa einer Woche oder zu einem Monat nach der Geburt** nicht als Wesen betrachten, die ein Recht auf Leben haben..." (Hervorhebung von Frau Kobusch), dann wäre das entscheidungstheoretische Problem leichter! Was für ein Schwachsinn!

Und weiter mit Herrn Singer:

"Ein Leben körperlicher Leiden, das nicht durch irgendeine Form von Freude oder durch einen geringen Grad von Selbstbewußtsein gemildert wird, ist nicht lebenswert".

Ich finde das so zynisch, so anmaßend, so dumm und gleichzeitig auch so armselig und flach, daß ich mich wirklich nur noch über die Chuzpe wundern kann, dafür auch noch den Begriff "Ethik" zu bemühen. Aber dies alles hat durchaus System: spätestens dann, wenn man die zahlreichen Veröffentlichungen Singers und seiner Anhänger zur Gentechnologie, Embryoforschung, Genmanipulation, Leihmutterchaft, etc. aufmerksam zur Kenntnis nimmt, merkt man, daß der Präferenz-Utilitarismus und die "praktische Ethik" nichts anderes als ein braver Hund sind, der dem High tech-Wahn das moralische Unterfutter apportiert und dabei vorgibt, nachdenklich zu sein. Man könnte auch sagen, ein Teil der Philosophie leide am Woyzeck-Syndrom.



Ich stelle mir den Einwand "Freiheit der Wissenschaft" vor.

Ist aber die existenzielle Stigmatisierung behinderter Menschen oder schwerkranker oder verwirrter hochbetagter Menschen schon Wissenschaft? Das glaube ich nicht, auch dann nicht, wenn sie aus Academia kommt. (...)

Wenn ich festmachen will, wer von uns denn nun eigentlich diesmal wieder vom Schlitten soll, dann finde ich:

- schwer geistesgestörte Menschen, die keine Personen sind

- ältere "menschliche Wesen", seit Geburt ernsthaft zurückgeblieben (ernsthaft!)

- Menschen, die durch Unfall, Alter, Krankheit das Entscheidungsproblem nicht mehr verstehen, auch wenn sie vorher nie Euthanasie wollten und sich entschieden hatten, die Spanne ihres Lebens auszumessen und ein evtl. Schicksal anzunehmen

- behinderte "Wesen"

- Säuglinge: schwer mißgebildete, dito stark zurückgebliebene, dito geschädigte

- mißgebildete Kleinkinder, Kinder: mißgestaltete, dito behinderte (wenn die Eltern sie nicht mehr haben wollen)

- dito Bluter, aber nur, wenn ihr Tod zur "Schaffung" eines "anderen Wesens" (Vampir?) oder eines "**wertvollen**"(!) Lebens führt

- Kinder mit Down Syndrom oder Spina bifida

- **getötete Personen**, die fähig sind, ihrem eigenen Tod zuzustimmen, aber sich entscheiden, weiterzuleben (Ehrenwort! Seite 177, 2. Abschnitt!) (Hervorhebung von Frau Kobusch).

Das deckt wirklich alles ab und schließt praktisch **alle Menschen**, die durch Geburt, Unfall, Krankheit, Alter geistig oder physisch gehandicapt sind sowie **alle Zombies** ein.

Ich möchte (...) an die Verantwortung der Wissenschaft appellieren, denn schon einmal haben, wie Jaspers es nannte, "seelendumme Professoren" ähnliche Denkmodelle entwickelt, und

als die Wissenschaft sie 20 Jahre lang wiedergekaut hatte, scheint der allgemeine gesellschaftliche Konsens groß genug gewesen zu sein, daß niemand mehr etwas dabei fand (außer natürlich den Angehörigen der Opfer), als die Ballastexistenzen, Minusvarianten, Untermenschen, leeren Hüllen, geistig Toten, moralisch Irren - der Katalog ist ja hinlänglich bekannt - verschwanden, und namhafte Wissenschaftler haben ganz ohne Bedenken zugegriffen, als sich die Gelegenheit zu terminalen Versuchen und zur Forschung am lebenden bzw. lebendfrischen Objekt bot.

Niemand kann sagen, welche Entwicklungen in Zukunft möglich sein werden, niemand kann wissen, was passiert, wenn sich erneut Ideologien der neuen Denkmodelle bemächtigen. Der Nutzensummen-Utilitarismus, die Glücksmaximierungs-Chimäre und die sog. Ethik der Quantitäten sind genauso geeignet oder ungeeignet, aus dem Ruder zu laufen wie die sprichwörtliche Volksgesundheit, wenn die gesamtgesellschaftliche Konstellation dieses begünstigt. Und Singers Argument, daß Mißbrauchsrisiken schon deswegen ausgeschlossen werden, weil Akte der Euthanasie nur von einem Mitglied der ärztlichen Zunft unter Mitwirkung eines zweiten Arztes durchgeführt werden sollen, kann höchstens homerisches Gelächter provozieren, hält man sich die gutachterliche Rolle der ärztlichen Zunft beim letzten "Mißbrauch" vor Augen!! (...)

Mit freundlichem Gruß
Wilma Kobusch

Drübbelken

KNEIPE

GALERIE

RESTAURANT



Münsterstraße 5 • 4350 Recklinghausen • Tel.: (0 23 61) 2 34 93

ÜBERFALL AUF NOTUNTERKUNFT IN NOTTULN

Nottuln, Kleinstadt im schönen Münsterland, mit dem spröden Charme eines groß gewordenen Dorfes mit 15 000 Einwohnern und einer Besiedlungspolitik, die auf den begüterten Bürger mit Sinn für das Einfamilienhaus abzielt, verdrängt seine Probleme. Eine Bande von etwa 15 vorwiegend Jugendlichen terrorisiert seit längerem die Bewohner einer Notunterkunft mitten in Nottuln. Die Gemeindeverwaltung Nottuln scheint hilflos zu sein. Ist für Nottulner Einwohner nach 20.00 Uhr "die Jagd auf" ?

Sie zerstören wahllos und schlagen auf alles ein und jeden drein, der gerade "dran" ist. Sie machen es immer so. Sie wissen, daß nach 20.00 Uhr die Polizei in Nottuln nicht mehr präsent ist. Nach 20.00 Uhr ist Nottuln ein rechtsfreier Raum, denn dann muß die Polizei aus dem über 15 km entfernten **Dülmen** herbeigerufen werden.

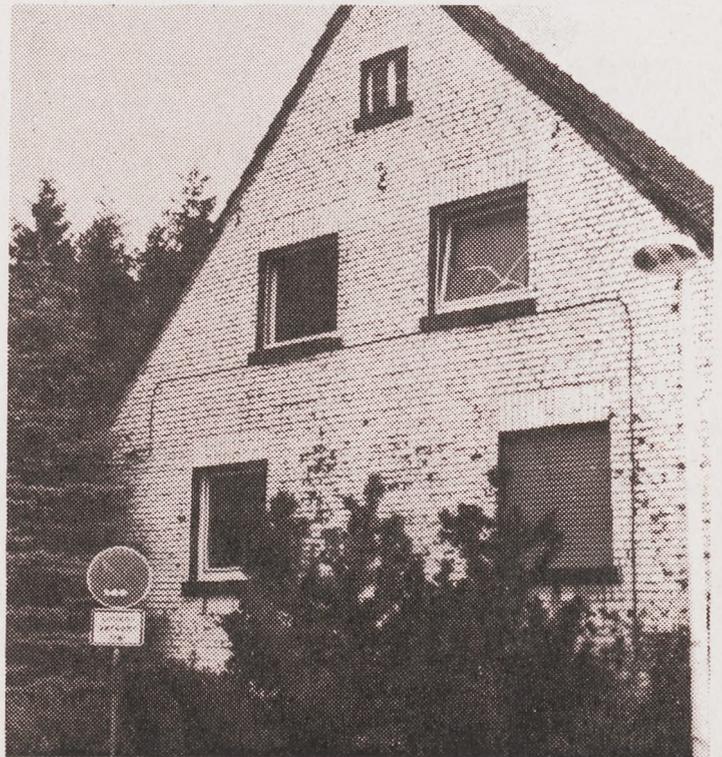
Das Herbeirufen der Polizei braucht natürlich Zeit, und man benötigt ein Telefon. Das aber haben die Bewohner der Notunterkunft nicht, und das öffentliche Telefon am Marktplatz ist defekt. Gemeindeverwaltung und Polizei wissen, daß die Bande nicht nur dort ihr Unwesen treibt und getrieben hat. Dieser Bande das Handwerk zu legen, scheint für die Polizei und die Gemeinde Nottuln ein unlösbares Problem zu sein.

Die Bewohner der Notunterkunft fühlen sich deshalb seit langem nicht mehr sicher. Mehrfach wurde gemeindeeigenes Inventar in und an der Notunterkunft zerstört, Eigentum der Bewohner beschädigt und die Bewohner durch eindeutige Drohungen in Angst und Schrecken versetzt.

Am **1. August** hat dieser Terror eine neue "Qualität" erreicht. In der Nacht vom 1. auf den 2. August 1990 war es wieder einmal so weit. Etwa 15 bis 17 Personen versammelten sich gegen 22.45 Uhr auf dem Parkplatz und Busbahnhof Daruper Straße vor dem Haus. Ein Stoßtrupp aus zunächst drei Personen - nur so kann man das planmäßige, fast militärische Vorgehen bezeichnen - drang in die Notunterkunft ein und täuschte durch Vorzeigen von scheinbar amtlichen Ausweisen und der Aussage

"Polizeikontrolle" einen polizeilichen Einsatz vor. Sie waren bewaffnet mit Knüppel und einer nagelbewehrten Kugel an einer Stahlkette.

Sie durchsuchten das Haus, zum Teil gewaltsam und fragten nach dem Bewohner M. . Der war aber bereits geflohen. Dann stellten sie ein Ultimatum von fünf Minuten. Alle Bewohner soll-



Zielscheibe eines Überfalls durch Nottulner Skinheads: Die Obdachlosenunterkunft.

ten das Haus verlassen, "sonst würden sie wiederkommen".

Die Bewohner versuchten, sich durch Verriegeln der Türen zu schützen. Nach fünf Minuten kamen sie. Unter Einsatz von Tränengas stürmten sie das

Haus. Sie traten die inzwischen durch den Bewohner B. notdürftig reparierte Eingangstür und sämtliche Wohnungstüren ein. Ein Teil der Bewohner konnte sich verbarrikadieren. Sämtliche Beleuchtungskörper im Treppenhaus wurden zerstört. In allen Zimmern wurde randaliert, Möbelstücke umgeworfen, etc.

Sie stürmten das Obergeschoß und drangen gewaltsam in das Zimmer der deutschen Bewohner B. und K. ein. Dabei wurde der Türrahmen schwer beschädigt. Vom Bewohner B. verlangten sie Geld. Als B. kein Geld geben konnte bzw. wollte, schlugen sie ihn zusammen. B. erlitt Kopfverletzungen und am ganzen Körper Blutergüsse und Striemen mit bis zu 50 Zentimeter Länge. Der Rollstuhl des schwerbehinderten K. wurde bis zur Funktionsuntüchtigkeit beschädigt. Sie verließen das Haus für 10 Minuten und setzten eine neue Frist zur Räumung des Hauses.

Die Bewohner flüchteten in einen Raum, den sie verbarrikadierten. Gegen 23.15 Uhr versammelte sich die Bande erneut vor dem Haus und begann unter Rufen wie "Ausländer raus" u.ä. gezielte Steinwürfe auf das Haus abzu-

geben. Dabei wurden drei Isolierglasscheiben zerstört. Es war den Bewohnern unmöglich, die Polizei zu informieren. Sie hatten Angst und trauten sich auch nicht nach draußen. Gegen 1.30 Uhr erschien dann die Polizei.

Die Bewohner haben am nächsten Tag die Flüchtlingshilfe Dülmen informiert und um Hilfe gebeten. Über das Sozialamt der Gemeinde Nottuln wurde veranlaßt, daß die Zimmertüren repariert wurden.

Schwere Sachbeschädigung und Körperverletzungen, Terror und Angst, das scheint Alltag in Nottuln zu sein. Nicht, daß sich die Bewohner nicht hätten wehren können, aber - die Angreifer schlugen mit Knüppel und nagelbewehrten Kugeln auf wehrlose Opfer ein, auf alles, was sie treffen konnten.

Kopfverletzungen und schwere Blutergüsse am Körper eines deutschen Bewohners, der durch die Geistesgegenwart eines ausländischen Mitbewohners Schutz fand vor dem Mob. Nur der Friedfertigkeit der Bewohner - zum Teil erst vor wenigen Wochen dem Terror in ihren Heimatländern entkommen - ist zu verdanken, daß nichts Schlimmeres passierte - wie lange noch? Ein wahrhaftiges Bild Deutschlands?

(Wolfgang M. Müller,
Flüchtlingshilfe Dülmen)

Anzeige

SONNENBLUME
Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

RÄUMUNG EINES HAUSES

IN CASTROP-RAUXEL

"Hausbesetzung in einer Stadt und die Entwicklung zwischen Rechtsradikalen und Autonomen"

Am 14. April dieses Jahres wurde in Castrop-Rauxel ein leerstehendes und dem Verfall ausgesetztes Haus aus den Jahren um 1913 besetzt.

Dies, weil es als "Bürgermeistervilla" und später als Gesundheitsamt und Ausländerberatung der AWO immer einen öffentlichen Charakter hatte und weil Eigentümerin des Hauses die "Gemeinnützige Wohnung GmbH" war.

Das Haus war komplett leer. Wir haben angefangen zu putzen und auszubauen. Möbel und Einrichtungsgegenstände bekamen wir von privaten Leuten, die einfach gefragt haben, was wir brauchten. Wir haben auf das kaputte Dach aufmerksam gemacht und erreicht, daß es in unserer Anwesenheit sofort repariert wurde. Kurz: Wir haben instandbesetzt.

In der Öffentlichkeit gab es unterschiedliche Reaktionen. Die einen fanden das total richtig, was wir machen, und wollten, wie auch immer, mithelfen, andere warfen uns vor, Kriminelle zu sein, und wir sollten doch lieber arbeiten gehen und uns anders anziehen. Na ja, das kennt man ja.

Im Haus selbst waren die "Autonomen" dieser Stadt. Alles, was aus früherer Zeit selbst beteiligt war an anderen Hausbesetzungen, oder nun neue, jüngere Leute, die das gleiche wollen wie wir: die Schaffung

eines "Autonomen Kulturzentrums" und die Einrichtung von "Wohngemeinschaften", die Wohnen heute nur noch erträglich machen können.

Vier Monate waren wir im Haus.

Dann wurde das Haus geräumt auf Grund eines Strafantrags der GeWo wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung.

Das hatten wir nicht verdient. Von Anfang an wollten wir symbolisch das Haus besetzen, aber mit den politischen Verantwortlichen auch ermöglichen und fordern, was wir wollten. Keiner der Verantwortlichen, ob GeWo-Geschäftsführer Günter Voß, ob Stadtdirektor Walter Stach oder ob der Bürgermeister Hans Etrich, wollte jemals mit uns reden. Sie redeten nur über uns.

Dann hieß es auf einmal, wir sollten einen Verein gründen, damit ein Ansprechpartner für die Politiker gegeben ist. Dies haben wir dann ein-

fach mal gemacht. Sieben Deutsche - ein Verein!

Wir gründeten zusammen mit anderen Initiativen innerhalb der Stadt (ISA - Interessengemeinschaft für Sozialhilfeempfänger und Andere-, GAL - Grün-Alternative Liste-, Vertretern des Vereins zur Förderung von Arbeit und sozialer Entwicklung und Mitarbeitern des Berufsbildungswerkes Karlstraße) den "VEREIN ZUR FÖRDERUNG ALTERNATIVER WOHN- UND LEBENSFORMEN".

Soweit, so gut. Nur was nützt das ganze, wenn es immer wieder Störungen gibt, die sich negativ auf das Haus ausgewirkt haben.

Immer wieder kamen Skins und andere Faschos zum Haus, grölten, warfen mit Steinen, schossen mit Leuchtkegel oder Tränengas.

So hieß es recht schnell: die Sicherheit der Nachbarn ist gefährdet.

Am schlimmsten war die **Aktion nach dem WM-Endspiel:** fast 400 Leute aus den Kneipen und Häusern, herbeigeeilt aus der ganzen Stadt, standen 20 Besetzern gegenüber und skandierten Sprüche wie "Holt sie raus" oder "Rotfront verrecke". Die Polizei stand dazwischen und wußte natürlich nicht mehr, wie sie sich verhalten sollte. Den "Bürger" verjagen oder Kriminelle schützen.

Nach dieser Aktion, die die ganze Nacht andauerte, war überall die Frage gestellt: wer hat angefangen. Die Schuld für das Auftreten dieser brüllenden Prols wurde tatsächlich den wenigen Leuten im Haus gegeben. Es ist immer dasselbe.

Zunehmend kamen die Faschos mit ihren Freunden am Haus vorbei. Nach Absprache mit der Polizei war an einem Tag Polizeischutz angefordert worden. Die ganze Nacht mußten die Bullen sich verarschen lassen. Scheiß Spiel, und

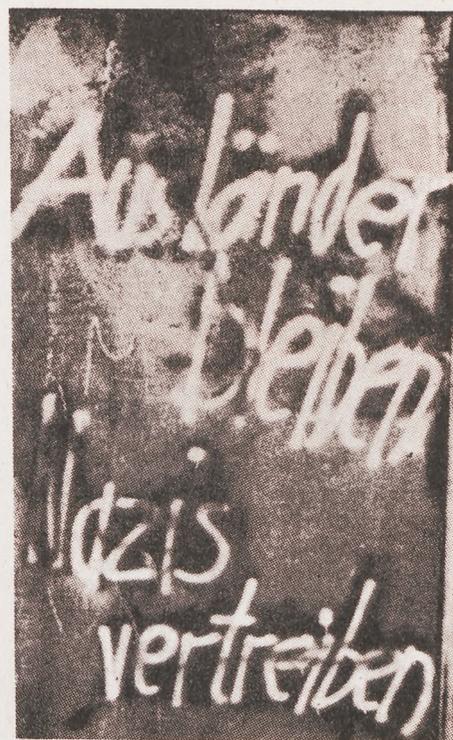
Bock hatten die sowieso nicht.

Dann kam der **18. August.** Nicht nur in Wunsiedel, sondern auch in Dortmund - also Castrop-Rauxel - sollte "gefeiert" werden. Vor dieser Aktion hatten die Verantwortlichen einfach Angst. Bevor es zu Ausschreitungen überhaupt kommen konnte, wurde die Besetzung als Anlaß genommen, und die haben **präventiv zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung einfach weggeräumt**(uns natürlich).

Es ergingen Proteste, daß dem Rechtsradikalismus in der Stadt weit Vorschub geleistet wurde. Doch das interessiert hier niemanden, der einfach "nur keinen Ärger" will.

Wir sind enttäuscht von dem, was uns vorgelebt wurde, und werden nicht locker lassen. Gerade jetzt drängen wir auf Kontakte und Gespräche mit den politisch Verantwortlichen.

Gerade jetzt werden wir deutlich machen, daß



wir den Faschos keinen Platz lassen werden.

Macht mit, helft uns.

Egal wie. Einige gute Tips können uns weiterhelfen.

Klaus-Peter Thüte,
für

W.(Wiederbelebung)

I.(Instand(be)setzung)

R.(Resteverwertung)

Münsterstr. 7

4620 Castrop-Rauxel



FASCHISMUS IN DORTMUND

Eine Veranstaltungsreihe

Vom 30. April bis zum 15. Mai 1990 fand in Dortmund eine Veranstaltungsreihe "Faschismus in Dortmund" statt. Mit der letzten Ausgabe der AntifaZ hatten wir begonnen, hierüber zu berichten. In dieser Ausgabe nun Teil II. Der dritte und letzte Teil folgt in der nächsten Ausgabe.



**"Dann begann ein wirtschaftlicher Aufstieg"
Nationalsozialismus und Industrie**

Anfang dieses Jahres profilierte sich der Dortmunder Bundestagsabgeordnete **Ludwig Gerstein (CDU)**, nachdem der Antrag auf Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz in der DDR-Öffentlichkeit Zustimmung gefunden hatte, mit einem eigenen Vorschlag: nämlich die Dortmunder Karl-Marx-Straße in Albert-Vögler-Straße umzubenennen, denn Marx ist ja tot, Jesus dagegen lebt, wie wir aus berufenem Munde wissen; zugleich sollte endlich ein Mann zu Ehren kommen, der sich für Dortmund besonders verdient gemacht habe, was bisher nicht angemessen gewürdigt wurde.

Wer war dieser **Albert Vögeler**? Worum bestanden seine "besonderen Verdienste"?

1945 hatte er sich kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen in Dortmund das Leben genommen. Vielleicht hatte er damit voreilig gehandelt, denn es gab damals Stimmen, ihn - da er nicht Mitglied der NSDAP gewesen war - zum Oberbürgermeister zu machen. War der Selbstmord die Kurzschlußreaktion eines Mannes, der sich zu Unrecht beschuldigt fühlte? Das war eine der Fragen, auf die die Teilnehmer der Veranstaltung vom 2. Mai im "**Cafe Klatsch**" eine Antwort suchten.

Dieser **Albert Vögeler**, 1877 in Borbeck (bei Essen) geboren, war von 1926 bis 1936 Vorstandsvorsitzender der von ihm mitgegründeten **Vereinigten Stahlwerke AG**, des größten Stahlkonzerns Deutschlands zur Zeit der Weimarer Republik und des damals zweitgrößten Stahlproduzenten der Welt. 1929 war er zusammen mit **Hjalmar Schacht** deutscher Vertreter in dem Sachverständigenausschuß zur Regelung der Reparationszahlungen des Reiches an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, trat aber aus Protest über die Höhe der Forderungen zurück. 1932 setzte er sich, zusammen mit zahlreichen anderen Industriellen, beim Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg** dafür ein, daß **Adolf Hitler** zum Reichskanzler ernannt werde. In

dem auch von ihm unterzeichneten Aufruf eines "**Bundes zur Erneuerung des Reiches**" heißt es unter anderem:

"Überall im Deutschen Volke muß der Wille aufflammen zur Überwindung von Streit und Vielregiererei. Das Dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt."

Vögeler spielte noch gegen Ende des Nazireiches die Rolle eines inoffiziellen Wirtschaftsministers und erfreute sich insbesondere des uneingeschränkten Vertrauens des Rüstungsministers und offiziellen Wirtschaftsministers der Regierung Dönitz, **Albert Speer**.



Vögeler war nur einer unter den deutschen Großindustriellen, die auf Hitler gesetzt hatten und dabei vom Gesichtspunkt der Erlangung von Maximalprofiten - "gut gefahren" waren. Zwar hatte die kapitalistische Wirtschaft auch unter den Bedingungen der Weimarer Republik zu florieren begonnen, jedoch hatte die Weltwirtschaftskrise von 1929 das Heer der Arbeitslosen hochschnellen lassen und bei den eigentlichen Machthabern, dem Großkapital, die Befürchtung genährt, daß eine Beibe-

haltung der demokratischen Verhältnisse schließlich in einen Sozialismus und damit in ihre Entmachtung einmünden könnte, zumal die Montanindustrie (nicht so die Chemische Industrie) 1932/33 nach dem vergeblichen Versuch der Regierung **Brüning**, das Steuer durch eine Deflationspolitik (die auch die bei den Banken verfügbaren Gelder für die Industrie knapp machte) herumzureißen, nahezu vor einem Kollaps stand.

Und so war denn ab Beginn der 30er Jahre in zunehmendem Maße Spendengeld aus der Montanindustrie in die Kasse der Nazipartei geflossen, die als einzige rechtsgerichtete Partei über eine Massenbasis verfügte (das Abenteuer eines Militärputsches ohne Massenbasis erschien nach dem Scheitern des Kapp-Putsches als aussichtslos). Der mit der Macht "ergreifung" Hitlers beginnende "totale Staat" brachte insbesondere durch Rüstungsaufträge der deutschen Wirtschaft einen Boom (Dabei war auch die Chemische Industrie kräftig "mit von der Partie", die nach der Ermordung der SA-Führer 1934 ihre anfängliche Reserviertheit aufgab und während des Krieges doppelt verdiente: an Lohnsklaven aus den Vernichtungslagern zwecks Gewinnung von Benzin aus Kohle und an der Herstellung von Giftgas für die Vernichtung derjenigen, die man als Arbeitskräfte nicht mehr brauchte).

Daß die Großindustrie auch während der Zeit des "totalen Staats" diesem keineswegs unterworfen war, wird deutlich an der Tatsache, daß auch während des Kriegs etwa Krupp und Stinnes weiterhin Rüstungsgüter an die "Feindstaaten" England und Frankreich lieferten und andererseits z.B. der US-Konzern General Motors bis zum Kriegsende über seine deutschen Tochterfirmen an der deutschen Aufrüstung profitierte; General Motors läßt sich sogar 33 Millionen Dollar Entschädigung für die Zerstörung an ihren auf deutschem Boden gelegenen (Rüstungs-)Produktionsanlagen durch alliierte Bombengeschwader aus dem Staatssäckel der BRD vergüten.

Auch nach Einzug vieler deutscher Arbeiter in die Wehrmacht brauchte die deutsche Großindustrie auf Arbeitskräfte nicht zu verzichten. Über Deportationen aus besetzten Ländern und durch Mietung von KZ-Häftlingen von der SS als Arbeitssklaven konnte sie jederzeit Personal in der angeforderten Anzahl erhalten, Arbeitskräfte, die weitaus billiger waren als die deutschen. Bis heute hat das deutsche Kapital die Zwangsarbeiter faktisch **nicht entschädigt**.

Auch **Dortmund** hat etliche zigtausend Zwangsarbeiter in entsprechenden Lagern "beherbergt". An genauere Daten hierüber ist allerdings bis heute kaum heranzukommen, da eine Offenlegung entsprechende Forderungen nach sich ziehen könnte. Ein nicht geringer Teil der "Fremdarbeiter" hat allerdings in einem Massengrab auf dem Dortmunder Hauptfriedhof eine (wenn auch nur wenigen bekannte) "Heimat" gefunden.

Impressum

Die **AntifaZ** ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen.

Tel.: 02361/26 345.

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21 686.

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19-21.00 Uhr.

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500

Kto-Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1 000

Mitgewirkt haben:

Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T.,

Eckhardt, Ingrid, Falko, Silke, Klaus,

Ruth, Sieglinde, Hermann B., Orhan und

Petra.

Druck: druckwerk

Penningkamp 12 a

4600 Dortmund 30

Wo sind sie geblieben, die Nazis?

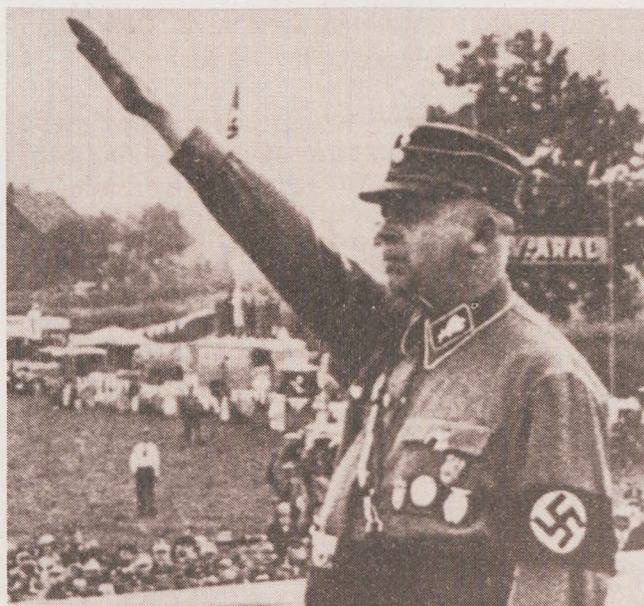
Die Entnazifizierung in Dortmund

Nach dem Einmarsch der US Army hatten sich in den verschiedenen Dortmund-Ortschaften spontan antifaschistische Ausschüsse gebildet, eine Abrechnung des Volkes mit den Nazis, das aus eigener leidvoll gemachter Erfahrung sehr wohl zwischen Haupttätern, Mitläufern und Gegnern zu unterscheiden wußte und dementsprechend verfuhr. Als Beispiel für den Aufbau antifaschistischer Ausschüsse sei das "**Antifaschistische freiheitliche Komitee der Ordnung**" in Derne genannt. Das kommunistische Widerstandskomitee in Derne war nicht zerfallen, als in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 1945 sieben Bergarbeiter, die darin führend tätig waren (darunter deren Leiter, der Hauer **Gustav Budnik**), von der Gestapo verhaftet und noch am Karfreitag 1945 mit zahlreichen anderen Widerstandskämpfern und Zwangsdeportierten im **Rombergpark** ermordet wurden. Budniks Nachfolger wird der Grubenelektriker **Ernst Vorwerk** (der wie Budnik auf der Zeche "Minister Stein" in einer illegalen Oppositionsgruppe gearbeitet hatte). Er verhandelte auch mit den einrückenden Amerikanern, die ihm das Amt eines provisorischen Bürgermeisters übertragen. Das Komitee allerdings darf sich künftig nur noch "Antifaschistisches Komitee der Ordnung" nennen, denn gegen das Wort "freiheitlich" hat der kommandierende US-Offizier Einwände. Beschaffung von Lebensmitteln und Stellen von Ordnungskräften sind die ersten Aufgaben dieser Gruppe.

Vorwerk verhandelt mit den Geschäftsleuten über Lebensmittel; diese haben ein schlechtes Gewissen und sind daher kooperativ. Beschlagnahmen kann sich der Ausschuß daher ersparen. Die Lebensmittelversorgung klappt gut. Eine aus unbelasteten Bewohnern zusammengestellte Hilfspolizei holt nach Li-

sten, die im besetzten Büro der Nazis vorgefunden wurden, die Nazis zum Zuschaukeln von Bombenlöchern heran (Derne war Einflugschneise für Luftangriffe auf Hoesch gewesen und hatte daher viel abbekommen). Nach Erledigung dieser Arbeit müssen die Nazis Aufräumarbeiten in einem Lager für ausländische Zwangsarbeiter leisten. Wohnungen untergetauchter Nazis werden beschlagnahmt und an Wohnungslose vermittelt. Das katholische Krankenhaus in Derne wird nach einer Vereinbarung zwischen dem Komitee und dem Direktor der Zeche "Gneisenau" mit Kohle und Brennholz versorgt. Die Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und dem Komitee lief mehrere Wochen fast reibungslos.

Dann übernahmen die Briten die Macht. Diesen paßte das bisherige Ordnungsgefüge offenbar nicht ins Konzept. Mit



Oben: Der Dortmunder Polizeipräsident und SA-Stabschef Schepmann in seiner Eigenschaft als Faschist.

der britischen Besatzungsmacht kommt auch die Polizei und Verwaltung unter dem Nazi **Wilhelm Schimmel** zurück. Vorwerk und seine Leute, soweit sie sich dem nicht durch "Untertauchen" entziehen können, werden verhaftet und in den "Lübecker Hof" verbracht. Als sie (überwiegend Kommunisten) schließlich durch Vermittlung des SPD-Mannes **Ewald Görshop** freikommen, ist ihr Büro ausgebrannt. Die

Zeit des Komitees ist vorbei; jetzt sollen "ordentliche" Parteien arbeiten. Wenig später wird übrigens auch Schimmel wegen seiner Tätigkeit für die Nazis verhaftet.

Um einer "**Umerziehung des ganzen deutschen Volkes**" willen, dem zunächst erneut das Recht abgesprochen wurde, über seine Belange selbst zu befinden, entwarf die britische Besatzungsmacht lange Fragebögen, auf

Die Geschichtswerkstatt



Die Geschichtswerkstatt Dortmund e.V. findet man in Hörde, Am Oelpfad 27. Wir treffen uns jeden Mittwoch abend dort ab 19.00 Uhr. Am ersten Sonntag im Monat laden wir zum Kaffeetrinken ein. Dort können sich alle Interessierten über unsere Arbeit informieren. Jeden zweiten Sonntag, ebenfalls um 10.00 Uhr, machen wir eine Stadtrundfahrt zu Stätten von Verfolgung und Widerstand, Orten der Industrialisierung, des Jugendwiderstandes u.a.m.



Geschichtswerkstatt

denen (seit dem Frühjahr 1946) Personen, die ein öffentliches Amt oder eine leitende Position in der Wirtschaft hatten, Kreuze machen mußten und die die Grundlage für ein Entscheidung durch die von der Besatzungsmacht berufenen Entnazifizierungsausschüsse bilden sollten. Diese hatten dann das Recht, die so Befragten bürokratisch ordentlich in eine der drei Kategorien ("Minderbelastete", "Mitläufer", "Entlastete") einzusortieren.

Nach entsprechender Einstufung sollte sich jeweils die Erlaubnis zu beruflicher oder politischer Betätigung richten. Dieses Vorgehen lud geradezu dazu ein, daß haufenweise "Persilscheine" produziert wurden: schriftliche Zeugenaussagen zum Reinwaschen von schmutzig gewordenen Westen. Die Aktenberge türmten sich höher und höher und waren bald für diejenigen, die hier zu Gericht sitzen sollten, nicht mehr kontrollierbar. Zudem stand jedem Eingestuftem die Möglichkeit des Einspruchs dagegen zu, was zur Folge hatte, daß sein Fall (sollte er erneut zur Verhandlung kom-

men) im allgemeinen um eine Stufe glimpflicher beurteilt wurde.

Einige Jahre danach wurden die Verfahren, da sie sich nicht bewährt hatten, ganz abgeschafft, zumal inzwischen der "Kalte Krieg" die Frontstellungen verändert hatte.

Die Diskussion zu diesem Thema fand am 4. Mai im "Cafe Cila" statt.

ANZEIGE

Alle diejenigen, die sich einigermaßen regelmäßig die Sendung "Kritisches Tagebuch" (WDR 3, Hörfunk, mo-fr, 19.30 - 19.50) anhören, sollen sich bei mir einmal melden:

0521/178297 und
02361/29302.

Wer hat zufällig am 23. Mai 1987 die Sendung "Die Reihen fest geschlossen..." (über die Bundeswehr, 3. WDR-Hörfunkprogramm, 20.15) aufgenommen?

0521/178297 und
02361/29302.
Bitte melden!

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

A usländer
B iologisches Bauen
C hemie in Lebensmitteln
D ritte Welt
E ntwicklungspolitik
F aschismus
G eschichte
H eilkräuter
I ndianer
K riegsgefahr
L iebe
M edien

N eonazismus
Ö kologie
P olitik
R eisen
S anfte Energien
T rampen
U mweltschutz
V ollwerternährung
W aldsterben
Y oga
Z ukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!

RECHTSEXTREMISMUS IN DER DDR "AUFERSTANDEN AUS RUINEN..."

Lesung und Diskussion mit Leo A. Müller

Leo A. Müller ist Mitautor der ersten umfassenden Untersuchung über den Rechtsextremismus in der DDR, basierend auf Umfragen, dem wohl umfangreichsten Quellenmaterial, das ausgewertet werden konnte, und Interviews mit Mitgliedern einschlägiger Gruppen. 40 Jahre lang gab es in der DDR das Selbstverständnis des "ersten antifaschistischen Staates auf deutschem Boden" - was bleibt ?

WANN : DONNERSTAG, 20. SEPTEMBER, 19.30 UHR
WO : "HAUS LAWRENZ", SHAMROCKSTR. 44, 469 HERNE 1
(Veranstalter: VVN/BdA Herne und Jusos/Herne)

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

partner der
büchergilde gutenbergs



Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •